Streiflichter aus dem sozialistischen Albanien Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 47 vom 25. November 1977 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

Schüsse auf Kinder, gezielter Todesschuß, Kriegswaffen gegen Streikende und Demonstranten

Weg mit dem neuen Polizeirecht!

Am 12. Februar dieses Jahres in Niederrodenbach bei Hanau: Peter Lichtenberg, 14 Jahre, spielt wie oft bis zum Dunkelwerden in einem leerstehenden Haus. Plötzlich wird er von einem Lichtstrahl geblendet. Sofort darauf knallt ein Schuß. Peter sinkt, in die linke Brusthälfte getroffen, zusammen. Er stirbt wenige Stunden später im Krankenhaus. Erschossen von dem Polizisten Jürgen L. Seine letzten Worte, bevor er tödlich getroffen zusammenbricht: „Darf denn die Polizei auf Kinder schießen?" — Ja, sie darf, Peter. Der Polizist, der dich erschoß, wurde nicht bestraft. Und am Donnerstag wollen die Innenminister ein neues Polizeirecht beschließen, das der Polizei einen Freibrief gibt, auch auf Kinder zu schießen. — Erst wenige Wochen ist es her, daß die Herren in Bonn Tränen über den Tod des Kapitalisten Schleyer vergossen, daß sie die „Heiligkeit des Lebens" beschworen, sich vor lauter Abscheu über diesen Gewaltakt schüttelten. Diese Heuchler! Wie diese Herren über die Heiligkeit des Lebens, über die Gewaltlosigkeit denken, wenn es um die Arbeiterklasse, um das Volk geht, zeigt das neue Polizeirecht: Da schrecken sie nicht einmal vor Schüssen auf Kinder zurück!

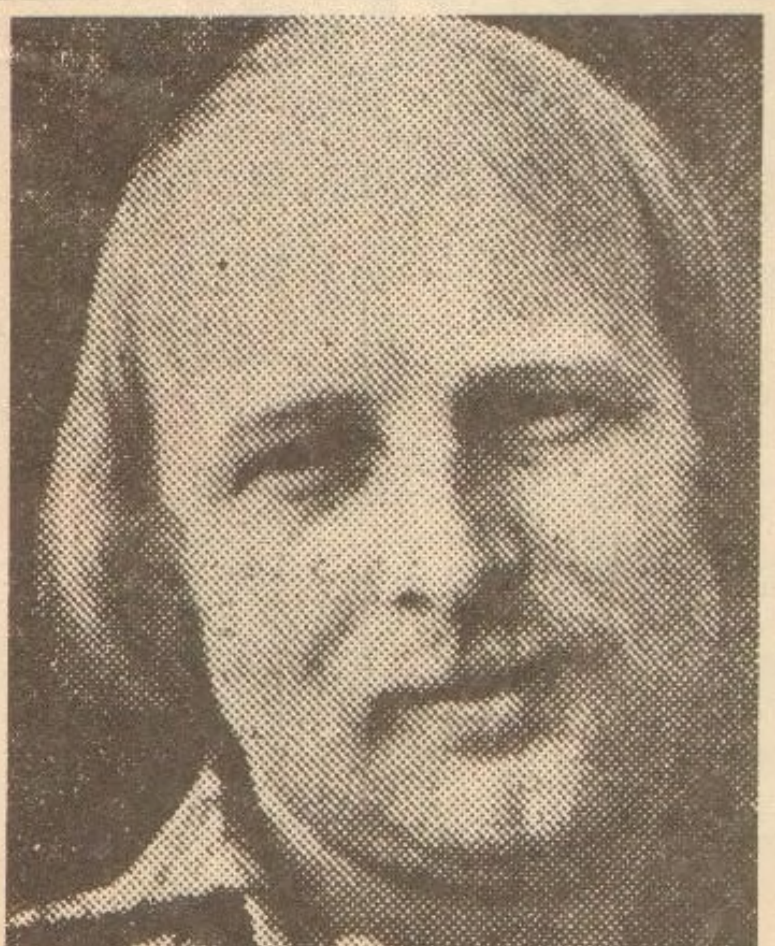
Das Schießen auf Kinder, der gezielte Todesschuß, der Einsatz von Kriegswaffen gegen Demonstranten und Streikende sind Kernpunkte des neuen Polizeirechts, das die Innenminister der Länder am Donnerstag verabschieden wollen, um es danach von den Länderparlamenten als neue Polizeigesetze beschließen zu lassen. Das neue Polizeirecht, das jetzt klammheimlich, hinter dem Rücken der Bevölkerung durchgepeitscht werden soll, ist Teil des „Programms zur inneren Sicherheit", das 1972 beschlossen wurde. Bereits dreimal, 1974, 1975 und 1976 wurde ein Musterentwurf der Innenminister für das neue Polizeirecht vorgelegt. Aber jedesmal war die Empörung der Bevölkerung vor allem über den vorgesehenen Todesschuß so groß, daß seine Verabschiedung immer wieder hinausgeschoben wurde. Nach der verbrecherischen Flugzeugentführung, nach dem Tod von Schleyer, nach wochenlangem Anheizen der Terroristenhysterie hält Bonn jetzt offensichtlich die Stunde für gekommen, um das neue Polizeirecht durchzusetzen.

Exekution auf offener Straße

Zwölf Menschen sind es, die allein in diesem Jahr von der Polizei erschossen wurden. Peter Lichtenberg, weil er im Dunkeln in einem leerstehenden Haus spielte, der Landwirt Helmut Schlaudraff, weil er bei einer Polizeikontrolle nach dem Handschuhfach griff, der 20jährige Türke Sedat Kirzimi, weil er zu schnell fuhr usw. usf. Unbekannt ist die Zahl derer, die Glück hatten, die mit dem Leben davonkamen, weil die Polizisten nicht tödlich trafen, sondern „nur" in den Unterleib, in die Lunge, in Arme und Beine. Jeden Tag schießen in der Bundesrepublik ein bis zwei Polizisten. Und das sind nur die Schüsse, die gemeldet und in den Polizeistatistiken vermerkt werden.

„Das sind Übergriffe" — so versuchte man die Werktätigen abzuspeisen, die gegen diese Polizeimorde, gegen diesen Polizeiterror demonstrierten und auf andere Weise ihrer Wut Ausdruck verliehen.

Fortsetzung auf Seite 2







Allein in diesem Jahr wurden bereits zwölf Menschen von der Polizei erschossen, unter ihnen Peter Lichtenberg, 14 Jahre, Rudolf Pollaczek, 17 Jahre und Gustav Schlichting, 37 Jahre. Mindestens vier weitere starben nach Mißhandlungen durch die Polizei.

Streik in Karl-Marx-Stadt

50 Arbeiter verhaftet und verschleppt!

Die Westberliner Zeitung „Tagesspiegel" berichtet, daß es Anfang Oktober in Karl-Marx-Stadt (DDR) in dem staatseigenen Betrieb „Fritz Heckert" zu einem Streik und zu Protestaktionen der Arbeiter kam. Unmittelbarer Anlaß war die unverschämte Verteuerung von Bohnenkaffee durch das Honecker-Regime, die überall unter den Werktätigen der DDR große Empörung ausgelöst hat. Wie aus dem Bericht hervorgeht, reagierte das Honecker-Regime auf den gerechten und mutigen Kampf der Kollegen mit unerhörtem faschistischen Terror. Sogenannte „Betriebskampfgruppen" und der verhaßte „Stasi" (Staatssicherheitsdienst) wurden eingesetzt, um den Streik brutal niederzuschlagen. 50 Arbeiter sollen verhaftet, auf Lastwagen gepfercht und verschleppt worden sein. Und es heißt, daß die Arbeiter bis Ende Oktober immer noch nicht wieder zurückgekehrt waren.

Das Honecker-Regime hatte die billigste bisher erhältliche Bohnenkaffeesorte aus dem Handel gezogen und sie durch eine Mischung aus Bohnenkaffee und Kaffee-Ersatz ersetzt. Das bedeutet, daß sich die einfachen Werktätigen in der DDR jetzt kaum noch Bohnenkaffee leisten können. Die streikenden Arbeiter in Karl-Marx-Stadt forderten, daß diese

Fortsetzung auf Seite 3

Croissant nach Stammheim ausgeliefert

Freiheit für Claus Croissant!

In einer Nacht- und Nebelaktion wurde letzte Woche die Ausweisung des Stuttgarter Anwalts Claus Croissant aus Frankreich betrieben. Mittwoch nachmittag: Das Pariser Appellationsgericht fällt seinen Spruch und „empfiehlt" die Ausweisung. Am Abend — die Verteidiger haben noch nicht einmal den Staatsrat gegen diesen Spruch anrufen können — erscheint ein schwerbewaffnetes Polizeikommando im Gefängnis Santé. Croissant wird im Eiltempo nach Straßburg gebracht, wo schon ein Bundeswehrhubschrauber bereit steht. Endstation noch in derselben Nacht: Stammheim, seit jener Blutnacht vom 18. Oktober mehr denn je Symbol eines Haftsystems, „bei dem man sich fragt, ob der Selbstmord von Gefangenen nicht an die Stelle der Todesstrafe tritt". (So der Präsident der Menschenrechtsliga, Nogueres, in einer Protesterklärung gegen die Auslieferung Croissants).

Zwei Haftbefehle mit insgesamt 15 Beschuldigungen hatte das BKA an das Pariser Gericht überstellt, um den Auslieferungsantrag der Bundesregierung zu begründen. Wie fadenscheinig diese in Bonn zusammengezimmerten Anschuldigungen waren, konnte man schon daran ersehen, daß das Gericht 14 Punkte als nicht stichhaltig unter den Tisch fallen lassen und sein Urteil nur auf einem Punkt aufbauen mußte: die angebliche Errichtung eines Informationssystems der politischen Gefangenen durch den Stuttgarter Anwalt.

Der Prozeß von Paris war eine Farce. Schon lange vor dem Urteil hatten die Vertreter der französischen Regierung — nach ausgiebigen Konsultationen mit Bonn — den Kurs angegeben: „Frankreich darf kein Asylland für Terroristen werden." Und um der Empörung und dem Widerstand gegen die Auslieferung entgegenzutreten, wird jetzt in Paris erklärt, Croissant könne nur wegen dieses einen Punktes, der „Errichtung eines Informationssystems", in der Bundesrepublik angeklagt werden. Das sehe der Asylvertrag zwischen den beiden Ländern so vor. Tatsache ist aber, daß die westdeutsche Klassenjustiz alle möglichen anderen Anklagepunkte später nachschieben kann, die dann nur von Paris bestätigt werden müssen. Und inzwischen wird in Bonn der Asylvertrag so ausgelegt, daß Claus Croissant wegen aller 15 gegen ihn zusammengezimmerten Anklagepunkte abgeurteilt werden kann.

Erbittert und leidenschaftlich hatten in Frankreich Zehntausende gegen die Abschiebung Claus Croissants gekämpft. Nach dem Massaker von Stammheim wußten sie, worum es ging. Und der Anwalt selbst erklärte am Tag seiner Auslieferung: „Falls man eines Tages von meinem Tod in einem deutschen Gefängnis spricht, so wird es niemals ein Selbstmord sein. Glaubt nicht an die Lügen der Mörder."

Diese eindeutige Erklärung war für die Bonner Lumpenpresse Anlaß für eine neue Haßkampagne gegen Claus Croissant. So geiferte die „Bild"-Zeitung: „Offensichtlich will auch Terroranwalt Croissant wie sein Idol Baader einen Selbstmord dazu mißbrauchen, unser Land vor der Weltöffentlichkeit als Unrechtsstaat hinzustellen. Ein Gutes hat Croissants Drohung: Jeder weiß, wenn er tatsächlich seinem Leben in der Zelle ein Ende bereiten sollte, dann war es ganz bestimmt Selbstmord."

Hier wird mit zynischer Offenheit schon der nächste „Selbstmord" nach der Art von Stammheim und Stadelheim angekündigt! Und wie ist es bei den anderen politischen Gefangenen?

Fortsetzung auf Seite 7

AUS DEM INHALT

„Oktoberrevolutionsfeiern" in der DDR: Liebedienerei vor den sowjetischen Besatzern 3
Aktionseinheitsgespräche: Verhandlungen gescheitert 3
Drei Monate Gefängnis wegen einem Satz über Schleyer 4
Arbeiterdemonstration in Emden: „Der Gewerkschaft dürfen wir nicht trauen!" 5
Fachgruppe Verfassungsschutz der ÖTV gegründet 5
Studenten kämpfen gegen neue Hochschulgesetze 6
Francis de Blois muß freigelassen werden 7
Strauß und Dregger zu Gast bei Faschisten 10
Sadat in Israel 10
Britannien: Zehntausende streiken für die Sicherung ihrer Lebenslage 11
KP Griechenlands/ML: Stützen wir uns auf den Marxismus-Leninismus 11

SPD-Parteitag beschliesst:

Ja zum Atomprogramm, ja zur Neutronenbombe, ja zur Faschisierung

Über tausend Journalisten waren nach Hamburg gekommen. Als aber auf der Pressekonferenz am Vorabend des Parteitags die SPD-Chefs dazu aufforderten, Fragen zu stellen, gab es nicht eine einzige Wortmeldung. Dieser Vorfall war bezeichnend für die Erwartungen unmittelbar vor dem Kongreß, Erwartungen, die sich schließlich auch bestätigten: Es war kein Parteitag der scharfen Auseinandersetzungen, wie es noch vor Wochen beschworen wurde, kein Parteitag der Abrechnung der sogenannten „Linken" mit der volksfeindlichen Politik der Bundesregierung, sondern ein Parteitag, dessen Ausgang bis hin zum letzten Posten im Parteivorstand von vornherein festgelegt war. Ein Parteitag, auf dem es nur das große „Ja" gab: ja zur Neutronenbombe, ja zum Atomenergieprogramm, ja zum kapitalistischen Krisenprogramm, ja zum Berufsverbot, ja zum Kurs der Faschisierung usw. usf.

Natürlich, Wochen vor dem Parteitag hörte man's anders. Da wurde gezielt der Eindruck erweckt, als würde hier um die Lebensfragen unseres Volkes gerungen. Da überschlugen sich die sogenannten Linken mit Erklärungen darüber, daß sie Signale setzen, der Terroristenhysterie entgegentreten, das Atomprogramm abschmettern würden. Nehmen wir als Beispiel den baden-württembergischen Parteivorsitzenden Eppler. Er trat als entschiedener Befürworter des Baustopps für Atomkraftwerke auf, tönte von der Notwendigkeit, sich dem Druck der Energie-Monopole zu widersetzen, warnte gar davor, in Hamburg „opportunistische Beschlüsse zu fassen".

Und auf dem Parteitag? Da stand Eppler wieder in vorderster Front. Diesmal allerdings als Verteidiger eines sogenannten Kompromißantrags, in dem zwar viel vom Vorrang der Kohle die Rede ist, der aber im Kern der Bundesregierung freie Hand für die Genehmigung beliebiger weiterer Atomkraftwerke gibt. Schmidt war zufrieden. Wie er das Problem Kohle — Atomenergie sieht, drückte er so aus: „Vor gut zehn Jahren haben wir gegen viele Widerstände die Erhaltung und Festigung des deutschen Steinkohlebergbaus durchgesetzt."

Vor gut zehn Jahren? Damit ist die massenhafte Stillegung der Zechen gemeint, die Zehntausende von Kumpels um ihre Arbeit, den Zechenbaronen aber dicke Stillegungsprämien brachte. Und damit rühmt sich Schmidt ganz unverhohlen, so will er sich offensichtlich auch jetzt wieder der Kohle annehmen. Also weitere Stillegungen von Zechen und Kohlekraftwerken. Und die „zahlreichen Widerstände"? Das war damals der Kampf der Bergarbeiter gegen die Massenentlassungen. Über die Interessen der Werktätigen haben sich die Herren damals hinweggesetzt und dazu sind sie auch heute bereit. Die Sorgen der Arbeiter, kleinen Angestellten, der Bauern und der Jugend, sie waren kein Tagesordnungspunkt auf dem SPD-Parteitag. Da gab es nur große Worte. So wurde als neues Schlagwort ein „humanes Wirtschaftswachstum" aus der Taufe gehoben. So wurde den über eine Million arbeitslosen Kollegen feierlich eröffnet, sie hätten ein „Recht auf Arbeit". Aber Lehrstellen für die arbeitslosen Jugendlichen, 35-Stunden-Woche? Fehlanzeige!

Auch unter der Rubrik „humanes Wirtschaftswachstum" lief eine Entschließung, in der die „Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen durch erhöhten Umweltschutz" versprochen wurde. Man muß das mal dem gegenüberstellen, was Schmidt auf dem Parteitag sagte: „Den Arbeitgebern ist nicht damit gedient, wenn industrielle Investitionen ins Ausland verlagert werden, weil dort die Umweltschutzauflagen geringer sind." Was heißt das denn anderes, als klar und deutlich nein zu notwendigen Auflagen, wenn sie den Kapitalisten zu teuer sind? So entlarvt Schmidt selbst ungewollt all die schönen „humanen" Worte als leere Phrasen, heuchlerische Versprechungen und gezielte Lügen.

Die ganze Widerwärtigkeit dieser Phrasen zeigte sich besonders beim Thema Neutronenbombe. Wer hätte nicht noch die Worte des SPD-Geschäftsführers Bahr über die „Perversion menschlichen Denkens" im Ohr? Und tatsächlich sprachen sich alle Parteitagsredner gegen diese Bombe aus. Aber ein Antrag, die Lagerung der Bombe in der Bundesrepublik zu unterbinden, wurde abgelehnt, weil man damit ja ein Faustpfand bei „Abrüstungsverhandlungen" aus der Hand geben würde. Das muß man sich einmal vorstellen: Es waren die gleichen Leute, die von der Rednertribüne flammende Worte *gegen* die Neutronenbombe in den Saal schleuderten, sich aber im gleichen Atemzug *für* die Lagerung dieser Massenmordwaffe in unserem Land aussprachen. Wahrhaftig eine Aufführung der Perversion, aber nicht „des menschlichen Denkens", sondern dieser Partei.

Das gleiche Bild bei der Debatte über „innere Sicherheit": Ausgerechnet die Krisenstäbler Schmidt, Brandt und ihr ganzer Klüngel ergingen sich in gespielter Entrüstung über die Terroristenhysterie, so als sei sie nicht auch von ihnen, sondern nur von Strauß und Dregger angeheizt worden. Sie, die vor wenigen Wochen das faschistische Kontaktsperrengesetz durchgepeitscht hatten, traten in Hamburg als Leute auf, die sich „gegen die Woge der Intoleranz stemmen" (Schmidt), die eine angeblich kritische Intelligenz vor Angriffen und Verfolgung schützen. Gemeint waren damit Sympathisanten der Regierungspolitik vom Schlage eines Grass. Einer von dieser Sorte, der Schweizer Schriftsteller Frisch, trat dann auch auf dem Parteitag selbst auf. Nach einigen Angriffen auf die CDU sang er das Loblied auf Schmidt, den Helden von Mogadischu und Stammheim, und brach schließlich in die Worte aus: „Europa schaut auf euch. Europa setzt große Hoffnungen auf euch." Das ist die „kritische Intelligenz" nach dem Geschmack der SPD-Bosse.

Und dann ging man zur Tagesordnung über. Es gab ein klares Ja für das Bonner Programm des verschärften Terrors gegen das Volk. Dieser Parteitag, auf dem so viel von Freiheit und Recht die Rede war, ja auf dem sogar die Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung beschworen wurden, dieser Parteitag sprach sich für die Bewaffnung der Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten aus. Und was ist das anderes als eine Aufrüstung für den Bürgerkrieg? Dieser Parteitag versteckte in einem Gummiparagraphen die Zustimmung zum gezielten Todesschuß, wie ihn die SPD-Innenminister ja schon lange offen fordern und wie ihn der Justizminister Vogel in Hamburg unter dem zynischen Titel „Rettungsschuß" in die Diskussion brachte.

„Verantwortung für unseren Staat" war das Motto des SPD-Parteitags. Und wahrhaftig: Diese Partei verteidigt mit Klauen und Zähnen den Staat der Bourgeoisie, sie steht einmütig hinter der Bonner Regierung und ihrem Programm der Faschisierung. Während unten im Tagungssaal die Delegierten dem Kanzler Schmidt stehend minutenlange Ovationen bereiteten, rotteten sich oben in den Hotelräumen die Bewacher von der GSG 9 zusammen und sangen in froher Erinnerung, in freudiger Erwartung neuer Einsätze: „Wir lagen vor Mogadischu."

Kurz berichtet

KIEL

150 Freunde und Genossen kamen zu der Veranstaltung, die die Partei am 11. November anläßlich des Kieler „Antifaschistenprozesses" durchführte. Im Mittelpunkt des Abends stand die Rede eines Vertreters der Partei, die große Begeisterung unter den Anwesenden auslöste. Die Rede behandelte die zunehmende Faschisierung und zeigte auf, daß es der Bonner Staat selbst ist, der die Faschisierung vorantreibt. Viel Beifall fand auch ein in der Pause vom AP-Trupp dargebotenes Straßenstück. Das Stück begann mit dem Auftritt eines Faschisten, dessen Darstellung so gelungen war, daß viele Zuschauer im ersten Moment glaubten, es wäre ein echter Faschist, der in die Veranstaltung eingedrungen war. Dieses Stück hatte der AP-Trupp vorher auch schon in der Stadt aufgeführt. Auch einer der Angeklagten hielt eine Rede, die ebenfalls mit Beifall aufgenommen wurde. Darin zeigte er auf, warum es so notwendig und wichtig ist, gegen die Faschisten zu kämpfen. Ergänzt wurde das Programm durch Lieder, die der AP-Trupp vortrug und durch eine Versteigerung, die einen Erlös von 300 DM zur Unterstützung der angeklagten Genossen erbrachte. Außerdem wurde auch eine Spendensammlung durchgeführt, bei der 400 DM zusammenkamen.

DÜSSELDORF

Rund 60 Genossen und Freunde kamen zu einem Kulturabend, den die Ortsgruppe Düsseldorf unserer Partei veranstaltete. Der Zweck dieses Kulturabends war es, die Arbeit des AP-Trupps der Partei vorzustellen und neue Mitarbeiter für ihn zu gewinnen. Die Lieder aus der Arbeiterbewegung, aber auch alte Volkslieder und die vorgetragenen Gedichte fanden großen Anklang. Ein Volkstanz, der vorgeführt wurde, bekam begeisterten Beifall. Es wurden 218 Mark für die Arbeit des AP-Trupps gesammelt.

MÜNSTER

Die Ortsgruppe Münster der Partei führte an zwei Abenden eine Diskussionsveranstaltung durch über das Thema: „Die Drei-Welten-Theorie — eine marxistisch-leninistische Theorie?". Mit einem Flugblatt wurden dazu auch Genossen und Sympathisanten der GRF (KPD) und des KBW eingeladen. Am ersten Abend wurde ein Referat der Partei gehalten, in dem von verschiedenen Seiten her das konterrevolutionäre Wesen der „Drei-Welten-Theorie" nachgewiesen wurde. Dazu wurden auch viele Beispiele aus der Praxis der GRF und des KBW herangezogen. Auf Betreiben der KBW-Führer blieben allerdings dem zweiten Teil der Veranstaltung viele Mitglieder und Sympathisanten dieser Organisation fern. Das zeigt, daß es den Führern des KBW genauso wenig wie denen der GRF um eine prinzipienfeste Einheit der Marxisten-Leninisten geht. Aber auch am zweiten Abend kam es zu einer lebhaften Diskussion, die deutlich werden ließ, daß diese Theorie keine Weiterentwicklung, sondern eine Revision des Marxismus-Leninismus ist.

Weg mit dem neuen Polizeirecht

Fortsetzung von Seite 1

Das neue Polizeirecht zeigt: Die tödlichen Schüsse der Polizei waren keine „Übergriffe". Sie hatten System, auch wenn es im Gesetz hieß, die Polizei dürfe nur auf Beine und Arme schießen. Mit dem neuen Polizeirecht erhält die Polizei ausdrücklich das Recht zur Exekution. Sie darf immer dann einen tödlichen Schuß abgeben, „wenn er das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Lebensgefahr oder der gegenwärtigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der körperlichen Unversehrtheit ist." (So der entsprechende Entwurf von 1976.) Wer weiß, daß schon blaue Flecken an Polizistenbeinen als „schwere Körperverletzung" gerichtlich geahndet werden, für den ist auch klar, daß diese Formulierung, für die sich die meisten Politiker einsetzen, den absoluten Freibrief für die Polizei bedeutet. Welche bodenlose Heuchelei steckt doch dahinter, wenn die gleichen Politiker, die hier so offen für den Todesschuß eintreten, gleichzeitig erklären, sie seien aus „humanitären Gründen" gegen die Einführung der Todesstrafe. Denn was bedeutet die Todesschußregelung im neuen Polizeirecht anderes als die offizielle Einführung der Todesstrafe? Wenn Bonn gegen die Todesstrafe ist, dann allein deshalb, weil es die sofortige Exekution auf der Straße vorzieht!

Vorbereitung auf den Bürgerkrieg

Natürlich fehlt es auch bei der Begründung für das neue Polizeirecht nicht an Beteuerungen, es richte sich nicht gegen den Bürger, nur gegen einzelne Terroristen. Aber ihre eigenen Bestimmungen strafen diese Herren Lügen! Ausdrücklich ist der Schußwaffengebrauch gegen „Personen in einer Menschenmenge" vorgesehen. Und schließlich soll die Polizei mit dem neuen Polizeirecht das Recht erhalten, Maschinengewehre und Handgranaten gegen eine „Menschenmenge", auf deutsch: gegen Demonstrierende und Streikende einzusetzen. Das aber heißt nichts anderes, als daß die Polizei, wenn es die Herrschenden für nötig halten, die Kämpfe der Werktätigen im Blut ersticken soll. Der Innenminister von Niedersachsen machte keinen Hehl daraus, wann das sein soll: „In quasi revolutionären Situationen".

Angst vor der Revolution,

Angst davor, daß die Millionen, die sie ausbeuten und unterdrücken, eines Tages aufstehen, um diese Handvoll Ausbeuter zu stürzen, das ist es also, was die Herrschenden dazu treibt, ihren staatlichen Gewaltapparat immer weiter auszubauen, die Faschisierung immer mehr voranzutreiben. „Die wollen ihre Macht demonstrieren", haben viele angesichts des Polizeiterrors der letzten Wochen gesagt. Das stimmt. Aber hätten die Herren in Bonn diese Machtdemonstrationen, hätten sie Bestimmungen wie dieses neue Polizeirecht jetzt nötig, wenn sie selber an ihr Geschwätz von der ganzen Nation, die hinter ihnen steht, glauben würden? Wohl kaum. Sie wissen, was auf sie zukommt und darauf bereiten sie sich vor.

Das neue Polizeirecht, das die Innenminister beschließen und die Landtage zum Gesetz machen sollen, ist ein Schritt hin zum Faschismus. Kämpfen wir gegen diese Polizeigesetze! Kämpfen wir gegen den wachsenden Polizeiterror!

Offen gesagt ...

Euro-KZ

So hatte Schmidt es sich gewünscht. Auch das Europa-Parlament hatte jetzt seine Terrorismus-Debatte, und wie man den Berichten entnehmen kann, wehte auch dort der Wind des Bonner Krisenstabes, der Wind von Mogadishu und Stammheim. Der britische konservative Abgeordnete Fletscher-Cooke gab den Ton an: die Europäische Gemeinschaft müsse sich „gegenüber dem Terrorismus ebenso entschlossen, fest und resolut verhalten wie die Bundesregierung". Der konservative Abgeordnete Berschouver aus den Niederlanden schlug in die gleiche Kerbe, sah aber, was solche resolute Entschlossenheit angeht, „die nationalen Strafverfolgungsbehörden überfordert". Also müßte, so sagte er, eine „europäische Spezialpolizei" her.

Doch damit nicht genug. Eine Gruppe von Abgeordneten forderte sogar ein „St. Helena für Terroristen". St. Helena, das ist die ehemalige Sträflingsinsel im südlichen Atlantik, Tausende Kilometer von der Küste abgelegen. Dorthin verschleppte in den vergangenen Jahrhunderten die französische Reaktion ihre Feinde. Auf den Sträflingsinseln im Atlantik starben die Überlebenden der heroischen Pariser Kommune, vom Fieber entkräftet oder von ihren Bewachern erschlagen.

Und heute wird von einem Parlament, daß sich demokratisch nennt und sich anmaßt, die Völker Europas zu vertreten, wieder nach so einem St. Helena geschrien. Wahrhaftig, dieses Parlament, dessen Vertreter nicht müde werden, die „europäische Integration" der Monopole als eine Wohltat für die Völker anzupreisen, zeigt, was es wirklich zu bieten hat: eine Euro-Polizei und ein Euro-KZ. Und wenn diese Abgeordneten ein solches KZ fordern, wenn sie den nationalen Strafvollzug für überfordert halten, wenn sie mit Bewunderung auf das „resolute Verhalten" der Bundesregierung blicken, soll dann ihr St. Helena ein gigantisches Stammheim werden? Dort hat man ja schließlich die Probleme fest und entschlossen gelöst. Dort hat man Erfahrung und man macht sich auch weiter Gedanken, wie der Vorschlag Filbingers beweist, Zellen mit Stahlwänden zu bauen.

Die Debatte im Europa-Parlament zeigt, daß das, was bei uns unter dem Vorwand der Terroristenjagd über die Bühne geht, tatsächlich kein „nationales Problem" ist. Der ganze Abschaum der europäischen Reaktion nutzt die Gunst der Stunde, um im Windschatten des „Siegers von Mogadischu" seine eigene Abrechnung mit den revolutionären und fortschrittlichen Kräften zu betreiben. Da werden in Griechenland langjährige Haftstrafen gegen Demonstranten ausgesprochen, die gegen das Blutbad Protestaktionen durchgeführt haben. Da werden in Frankreich Demonstrationen gegen die Auslieferung Claus Croissants verboten. Brutale Polizeiüberfälle auf diejenigen, die trotzdem auf die Straße gehen, Massenverhaftungen — allein in Nizza 400.

Aber so sehr auch die Herren in Paris, London usw. ihre Bewunderung für Schmidt erklären und „resolute Entschlossenheit" bei der politischen Unterdrückung im europäischen Maßstab fordern, so sehr werden die Völker ihren Kampf fortsetzen und verstärken — gegen die eigene Bourgeoisie und gegen den westdeutschen Imperialismus.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Oktoberrevolutions-Feiern in der DDR

Liebedienerei vor den sowjetischen Besatzern

Bei vielen Werktätigen der DDR sind die sowjetischen Sozialimperialisten zutiefst verhaßt. Ihre Lakaien, die Honecker-Clique, nutzten das hohe Ansehen, das die Oktoberrevolution bei den meisten genießt, und nahmen den 60. Jahrestag der Oktoberrevolution zum Anlaß, eine großangelegte Propagandaoffensive für die Sowjetunion zu starten.

Seit Anfang des Jahres häufen sich die rührseligen Geschichten „einfacher“ Bürger in den Zeitungen der DDR. Diese Geschichten bringen deren große Liebe zum „sozialistischen Vaterland“ zum Ausdruck, stellen es als großes Vorbild hin u. ä. m. Seit dieser Zeit hat sich die ohnehin schon penetrante Aktivität der deutsch-sowjetischen Freundschaftsgesellschaft, in der inzwischen fünf Millionen, d. h. fast die Hälfte aller Erwachsenen, zwangsorganisiert sind, noch mehr verstärkt. Da werden Versammlungen abgehalten, Artikel geschrieben, die voller widerlicher Schmeicheleien über die Sozialimperialisten sind. Da heißt es dann: Die Sowjetunion „Pionier des Menschheitsfortschritts“, „unser Freund“, „Befreier vom Faschismus“, „stärkste Friedensmacht“, „bester Verbündeter“ um nur eine kurze Blütenlese zu geben. Die Liebdienerei kennt da keine Grenzen. Die Wirklichkeit sieht aber ganz anders aus. Die Sowjetunion als stärkste Friedensmacht zu bezeichnen, derweil sie fremde Länder überfällt und besetzt hält wie z. B. auch die DDR, ist der reinste Hohn. Das merken aber auch die Werktätigen der DDR und gerade deshalb versuchen die treuen Knechte der Sowjetunion mit einem derartig riesigen Propagandageschrei die Bevölkerung zu verwirren.

Besonders demagogisch mißbrauchen die modernen Revisionisten die heroische Vergangenheit der Roten Armee, die unter der korrekten Führung Stalins tatsächlich eine entscheidende Rolle beim Sieg über den Faschismus innehatte. Aus dieser Vergangenheit versuchen sie heute, da die Sowjetunion die Farbe gewechselt hat, Kapital zu schlagen. Sie nennen diese Besatzertruppen „Verteidiger der Grenzen der sozialistischen Länder“, in Wirklichkeit stehen sie aber vollständig unter dem Militärstiefel der neuen Zaren. Auch die zunehmende Militarisierung im Leben der DDR wird von den Besatzern bestimmt und mit pseudorevolutionären Phrasen gerechtfertigt, so bilden diese z. B. die Betriebskampfgruppen gegen die Werktätigen aus. Aber dies verstärkt nur den Haß der Werktätigen auf die Sozialimperialisten, da nützen die ganzen Versammlungen und Freundschaftstreffen, dieses Jahr waren es 14.000, nichts. Auch der ach so nette Besuch im Betrieb nebenan, der jetzt gerade zur Vorbereitung auf den 60. Jahrestag der Oktoberrevolution verstärkt durchgeführt wurde, konnte diese „besten Verbündeten“ nicht in ein besseres Licht rücken. Die einzigen Freunde, die diese Besatzertruppen in der DDR haben, sind allein die revisionistische Führungsclique, die neue Bourgeoisie, die das Volk der DDR für ein paar Rubel an die Sozialimperialisten vollständig verkauft haben, für sie sind diese „Freunde“ sogar notwendig, um sie vor dem eigenen Volk zu schützen.

„Zu Ehren des 60. Jahrestags“ wurde aber vor allem die Ausbeutung und Unterdrückung im Betrieb verschärft, die DDR noch mehr der zügellosen Ausplünderung durch die sowjetischen Sozialimperialisten ausgeliefert. Der Revisionistenhäuptling Honecker drückte das in einer Festrede anläßlich des 60. Jahrestags folgendermaßen aus: „Die Kräfte unserer Staatengemeinschaft werden... durch die Verflechtung und Vereinigung ökonomischer und wissenschaftlich-technischer Potenzen auf qualitativ neuer Grundlage vervielfacht... Der Zusammenschluß um die UdSSR erweist sich als lebenswichtig sowohl für die gesamte Gemeinschaft als auch für jedes einzelne sozialistische Land.“ Dies drückte sich dann so aus, daß die Arbeiter in den Betrieben zu Höchstleistungen gezwungen wurden. Jahrespläne wurden vorzeitig erfüllt, „freiwillige“ Arbeitseinsätze waren die Regel. Besonders erfolgreich war, wie könnte es auch anders sein, die Produktion, die den „sowjetischen Freunden“ zugute kommt. Kann man diesen Zahlen und Angaben der DDR im einzelnen auch nicht trauen, so ist doch klar, daß hier die Werktätigen im Rahmen dieser Kampagne unter dem Vorwand der „Stärkung der sozialistischen Staatengemeinschaft“, der notwendigen Anstrengungen für den „Aufbau des Sozialismus“ einer sich ständig verschärfenden Ausbeutung durch die sowjetischen Sozialimperialisten ausgeliefert sind, daß dabei natürlich auch ein Bröckchen für die neue Bourgeoisie abfällt, ist klar.

Der Erfahrungsaustausch mit dem großen „sozialistischen Vaterland“ als Vorbild läuft ähnlich ab. Da tönt z. B. ein Arbeiter, der eine zeitlang in der Sowjetunion war, auf die Frage, was ihm am meisten imponierte: „Die Autorität des Meisters. Der war den ganzen Tag mit in der Halle, und was er sagte, das wurde auch gemacht, ohne lange Diskussionen.“ Das also sollen die Werktätigen der DDR von ihrem großen Vorbild lernen: absoluten Gehorsam, damit die verschärfte Ausbeutung ohne Widerstand vor sich gehen kann. Der Gipfel dieser „freundschaftlichen“ Zusammenarbeit und dieses Erfahrungsaustausches ist die Verschickung von Arbeitern zu Frondiensten in die Sowjetunion. Besonders Jugendliche mußten bei großen Bauprojekten ihren zum 60. Jahrestag besonders ehrenvollen „Freundschaftsdienst“ in Sibirien und anderswo ableisten. Bei diesen Projekten gibt es sogar ganze „DDR-Abschnitte“!

Bei diesem ganzen propagandistischen Trommelfeuer wurde besonderes Gewicht auf die ideologische Beeinflussung der Jugendlichen gelegt. Denn viele von ihnen sehen den wahren Charakter der Sozialimperialisten am deutlichsten. Nicht umsonst wurde das „Fest des Roten Oktober“ in Ostberlin von den Pionieren und der FDJ ausgerichtet. Die Vorbereitung dazu bestand, wie könnte es auch anders sein, in Übererfüllung der Normen bei der Arbeit, Verschickung von Jugendlichen zur Arbeit in die Sowjetunion und in Freundschaftstreffen und -besuchen. So wurde im letzten Jahr z. B. gerade auch der Jugendtourismus dorthin ausgebaut, um möglichst vielen Jugendlichen das Leben in der Sowjetunion als vorbildhaft darzustellen.

Das Fest selbst, das die „Freunde“ in den leuchtendsten Farben schilderte, war eine überdimensionale Liebdienerei gegenüber den sowjetischen Sozialimperialisten, mit dem einzigen Ziel, die Jugend zu betören. Da wurde die „Flamme der Revolution“ aus der Sowjetunion geholt, Auszeichnungen verteilt, Freundschaftstreffen abgehalten und die Kunst und Kultur der Sowjetunion vorgestellt. All das unter dem Deckmantel des Anknüpfens an die tatsächlich begeisternde Vergangenheit des sowjetischen Volkes, das als erstes Land der Welt die Ketten des Kapitalismus sprengte. Das hat natürlich gerade bei den Jugendlichen einen tiefen Eindruck hinterlassen und deshalb nutzen die modernen Revisionisten das heute aus, um sie an diese blutgierigen Räuber zu ketten.

Doch vor allem die Jugendlichen, gerade auch die der DDR, haben gezeigt, daß die allerschönsten Phrasen und Versprechungen nichts nützen um sie auf die Dauer hinters Licht führen zu können. So haben z. B. die Ereignisse auf dem Alexanderplatz, wo die Jugendlichen Parolen wie „Russen raus“ u. ä. m. riefen, deutlich gezeigt, daß ihr Widerstand gegen die Besatzer energisch wächst.

Aktionseinheitsgespräche

Zum Scheitern der Verhandlungen

Am 12. November wurden in Köln die Gespräche über eine Aktionseinheit zum Kampf gegen Reaktion und Faschismus fortgesetzt. An dem Treffen nahmen unsere Partei, der KBW, die GRF, der KABD, der KAB(RW) und der KB-Nord teil. Wie nicht anders zu erwarten war, scheiterten die Aktionseinheitsverhandlungen. Die Gespräche wurden abgebrochen und werden vorerst auch nicht fortgesetzt.

Warum sind die Verhandlungen gescheitert?

1. Das opportunistische „Kongreß-Projekt“ des KBW, dem sich auch die GRF angeschlossen hatte, hat keine Unterstützung gefunden. Dieses Projekt des KBW zielte von Anfang an nicht auf die Herstellung einer Aktionseinheit zum Kampf gegen Reaktion und Faschismus auf revolutionärer Grundlage ab. Absicht des KBW war es offensichtlich vielmehr, angesichts des Drucks der Bourgeoisie eine opportunistische Vereinigungsbewegung der „Marxisten-Leninisten“ ins Leben zu rufen. Der Kongreß sollte mit der Wahl von Delegierten, Delegiertenräten und der Einrichtung eines Büros vollendete Tatsachen schaffen, wobei der KBW die Hoffnung hegte, auf dem Kongreß die meisten Stimmen hinter sich zu haben. Um sein Projekt über die Bühne zu bringen, hat der KBW ein Zugeständnis nach dem anderen gemacht. Lief der Kongreß erst unter dem Titel: „Für Demokratie und Sozialismus“, blieb davon zum Schluß nur noch übrig: „Für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes“. Das dokumentiert, daß es dem KBW in erster Linie darum ging, den Kongreß, koste es, was es wolle, abzuhalten. Natürlich immer in der Hoffnung auf die Mehrheitsverhältnisse.

Unsere Partei hat dieses Projekt von Anfang an bekämpft. Wir wollen keine opportunistische Einheit, weil sie nicht im Interesse der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen liegt. Wir wollen keine „Front“, in der allen möglichen Opportunisten und Revisionisten die Türen offenstehen. Wir haben dazu bereits in der Nr. 45/77 des „Roten Morgen“ unsere Meinung deutlich gesagt.

KBW und GRF haben ihr „Kongreß-Projekt“ nicht länger aufrechterhalten. In ihrer gemeinsamen Erklärung schlagen sie jetzt örtliche Aktionseinheiten vor. Wir sind von Anfang an für solche Aktionseinheiten eingetreten und haben konkret zu einem Aktionstag gegen Reaktion und Faschismus am 30. Januar 1978, dem Jahrestag der Machtergreifung Hitlers, aufgerufen.

2. KB-Nord und KABD haben die Aktionseinheit von Anfang an sabotiert, indem sie zur Zusammenarbeit mit den DKP-Revisionisten, Trotzkisten und Anarchisten aufgerufen haben. Es ist aber klar, daß es mit den erklärten Feinden der Arbeiterklasse, die dem Faschismus den Weg bereiten und, wie die DKP-Revisionisten, mit faschistischen Methoden gegen Revolutionäre und Kommunisten vorgehen, keine Einheit geben kann. Der Versuch von KABD und KB-Nord, die Revisionisten und Trotzkisten als demokratische Kräfte herauszuputzen und in eine Aktionseinheit einzuschmuggeln, ist ebenfalls gescheitert.

3. Die Aktionseinheit ist vor allem gescheitert, weil die opportunistischen Theorien von KBW und GRF über den Kampf gegen Reaktion und Faschismus eine Einheit unmöglich gemacht haben. Eine Front auf der Grundlage der revisionistischen Vorstellungen des KBW über den demokratischen Kampf, schwächt in Wirklichkeit den Kampf gegen die Faschisierung, weil damit Illusionen über den Charakter der bürgerlichen Demokratie geschürt werden. Es ist bezeichnend, daß hier die Vorstellungen von KBW und GRF nahe beieinander liegen. Bei der GRF merkte man außerdem noch zusätzlich das Bestreben, die Aktionseinheit nicht auf die Arbeiterklasse, sondern auf Schriftsteller und andere intellektuelle Kreise auszurichten. Die GRF hat deshalb versucht, die Grundlagen der Aktionseinheit noch mehr zu verwässern.

Unsere Partei hat in den Verhandlungen erklärt, daß eine Aktionseinheit mit Vertretern der „Theorie der drei Welten“ unmöglich ist, weil diese Theorie unter dem Vorwand des Kampfes gegen den sowjetischen Sozialimperialismus die westdeutsche Bourgeoisie und damit die Kräfte der Reaktion und des Faschismus aus dem Schußfeld holt und sie sogar als mögliche Bündnispartner hinstellt. Die Aktionseinheit für solche Theorien offenzuhalten, wie es die GRF versucht hat, hätte schädliche Folgen für den Kampf gegen Reaktion und Faschismus gehabt und zur Entwaffnung der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen beigetragen.

4. Unsere Partei hat in ihrem Vorschlag für die Aktionseinheit geschrieben: „Die Erfahrung der Geschichte, die Errichtung des Hitlerfaschismus, die Errichtung der faschistischen Diktatur in Chile und vielen anderen Ländern hat gelehrt, daß der Faschismus im Rahmen der bürgerlichen Gesetze, mit dem Mittel des Stimmzettels, mit Petitionen usw. nicht verhindert werden kann, sondern letztlich nur durch die revolutionäre Gewalt der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen. Der Kampf gegen Reaktion und Faschismus muß daher ein revolutionärer Kampf sein, der auch die Anwendung revolutionärer Gewalt durch die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen einschließt.“

Es ist bezeichnend, daß das keine einzige der opportunistischen Organisationen unterstützt hat. Die Frage der revolutionären Gewalt im Kampf gegen Faschismus und Reaktion ist allerdings eine zentrale Frage. Wer die revolutionäre Gewalt im Kampf gegen Faschismus und Reaktion, unter welchem Vorwand auch immer, ablehnt, sabotiert diesen Kampf und trägt ebenfalls zur Entwaffnung der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen bei.

Die Opportunisten beschimpfen uns jetzt als Spalter und Sektierer. In Wirklichkeit zeigt jedoch der Verlauf der Verhandlungen, daß sie es waren, die eine Aktionseinheit unmöglich gemacht haben. Und was die Sektierer angeht, so können wir dazu nur sagen: Die Sektierer sind diejenigen, die nicht von den Interessen der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen ausgehen, sind diejenigen, die der Bourgeoisie ein Zugeständnis nach dem anderen machen und damit den Kampf gegen Reaktion und Faschismus sabotieren. Wir sind für eine Aktionseinheit, die den Kampf der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen gegen die Faschisierung tatsächlich vorantreibt. Eine Aktionseinheit um jeden Preis, die diesem Kampf in den Rücken fällt, lehnen wir ab.

50 Arbeiter verhaftet und verschleppt

Fortsetzung von Seite 1

Maßnahme sofort zurückgenommen wird. Darüber hinaus protestierten sie gegen weitere Verteuerungen von qualitativ guten Lebensmitteln und anderen Konsumgütern. Die Preispolitik der Honecker-Clique hat zur Folge, daß einfache Werktätige sich nur noch minderwertige Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter kaufen können, während die privilegierten Schichten, die Angehörigen der neuen Bourgeoisie, sich in Intershops und Exquisitläden für ausländische Wärung oder zu teuren Preisen mit hochwertigen Gütern und Luxusartikeln im Überfluß eindecken können. Noch wenige Tage vor dem Streik in Karl-Marx-Stadt hatte SED-Chef Honecker in Dresden eine Rede gehalten, in der er u. a. auch die Existenz der Intershops und Exquisitläden und damit die Privilegien und Vorrechte der neuen Bourgeoisie zu rechtfertigen versuchte.

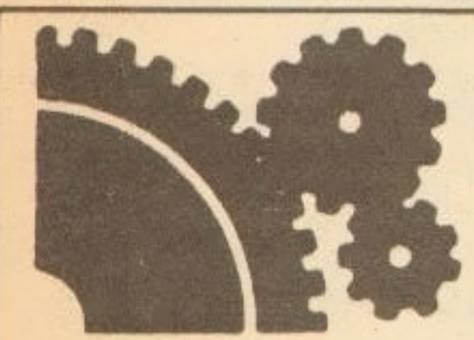
Der offene Terror, mit dem das Honecker-Regime gegen die streikenden Arbeiter vorging, ist ein erneuter Beweis für den extrem reaktionären und sozialfaschistischen Charakter der Herrschaft der neuen Bourgeoisie. Aber zugleich zeigt er auch die Furcht des Regimes vor der wachsenden Empörung der ausgebeuteten und unterdrückten Massen, die Furcht davor, daß einzelne Kampfaktionen der Arbeiter einen ganzen Steppenbrand auslösen könnten.

Die Unzufriedenheit der Werktätigen ist in den letzten Monaten weiter gewachsen. Dazu trug nicht zuletzt auch die verschärfte Ausbeutung in den Betrieben bei. In den letzten Wochen und Monaten hat die Honecker-Clique eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Arbeiter zu höheren Leistungen anzutreiben, um ihre Arbeitskraft bis ins letzte auszupressen und dadurch größere Profite zu machen. So wurden neue Antreiberlohnsysteme eingeführt, wurden die Normen hochgetrieben, wurde in vielen Betrieben Wechselschicht und Nachtarbeit eingeführt. Auf der anderen Seite werden die Privilegien der Oberschicht, der Partei- und Staatsbonzen, der Wirtschaftsmanager, der technokratischen und intellektuellen Elite immer größer und offenkundiger. Der Gegensatz zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern, zwischen Proletariat und Bourgeoisie, verschärft sich, wird immer unverhüllter und die Phrasen vom angeblichen Sozialismus und vom „Arbeiter- und Bauernstaat“ erweisen sich noch deutlicher als ein Hohn auf die Wirklichkeit in der DDR.

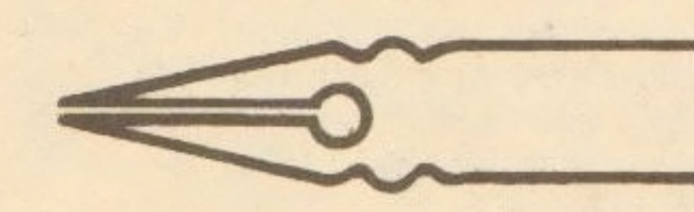
Es wird dem Honecker-Regime weder mit seiner verlogenen Propaganda noch mit seinem sozialfaschistischen Terror gelingen, den wachsenden Widerstand der werktätigen Massen gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage und ihren Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu ersticken. Kämpfe, wie die in Karl-Marx-Stadt, werden von den gleichgeschalteten Massenmedien der DDR totgeschwiegen. Das Volk wird dennoch davon erfahren. Und wie sehr der Haß auf den Staat der neuen Bourgeoisie und auf ihre russischen Oberherren, die die Werktätigen der DDR noch zusätzlich ausplündern, angewachsen ist, zeigen die blutigen Straßenkämpfe auf dem Alexanderplatz in Ostberlin bei den Feiern zum 28. Jahrestag der DDR.

Mit der Gründung der Sektion DDR der KPD/ML vor nunmehr fast zwei Jahren, erwächst den ausgebeuteten und unterdrückten Massen wieder eine wahrhaft revolutionäre Vorhut. In strenger Illegalität haben unsere Genossen in der DDR eine beharrliche revolutionäre Arbeit begonnen, um die Arbeiterklasse wieder mit der scharfen Waffe des Marxismus-Leninismus zu wappnen. Sie werden in die spontanen Kämpfe der Massen die notwendige Perspektive hineintragen, die nur darin bestehen kann, die faschistische Herrschaft der neuen Bourgeoisie eines Tages gewaltsam zu stürzen, die russischen Besatzer zu verjagen und erneut die Diktatur des Proletariats zu errichten. Das ist der einzige Weg, um mit der brutalen Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen Schluß zu machen, der einzige Weg, der wieder zu einer sozialistischen DDR führt.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Gespräch unter Kollegen

Wir hatten gerade Spätschicht. Es war in der Pause. Mein Kollege und ich saßen zusammen am Tisch. Wir aßen unsere Stullen und tranken Tee. Jeder von uns hatte den neuesten „Roten Morgen" vor sich liegen und war darin ganz vertieft.

Es kam nun ein anderer Kollege dazu und schaute ständig über meine Schulter auf unsere Zeitung. Nachdem ich ausgelesen hatte, legte ich den RM beiseite. Interessiert griff der Kollege nach ihm und blätterte ihn durch.

Ich sagte: „Mußt mal lesen, wie die Polizei das Volk tyrannisiert", und verwies ihn auf den Artikel „Großfahndung — vier mutmaßliche Terroristen". Er überflog ihn kurz und sagte dann: „Das ist für mich gar nicht neu", und begann zu erzählen.

Vor kurzem, nachdem Schleyer gestorben war, kam ein Bekannter von ihm in so eine Polizeikontrolle. Zuerst mußte er den Führerschein, Zulassung und Ausweis vorzeigen. Nachdem sie sich die Papiere angesehen hatten, dachte er, nun könne er ja weiterfahren.

Denkste. Plötzlich hieß es: Aussteigen und flach auf den Boden legen. Daneben stand so ein Ordnungshüter und richtete seine Maschinenpistole auf ihn. Nun begannen sie, sein Auto zu durchsuchen. Als sich der Kollege aufrichtete und fragte, was das solle, sagte man zu ihm: „Liegenbleiben, das ist besser für Sie."

Fast 20 Minuten dauerte dieser Überfall der Polizei. Erst dann konnte er weiterfahren.

Der eine Kollege, der während des Erzählens aufgehört hatte zu lesen, sagte dann ganz ironisch: „Wie human, jetzt darf man sich während der Kontrollen sogar auf den Boden legen; ansonsten ist es doch üblich, daß man für längere Zeit mit erhobenen Händen aushalten muß." Wir mußten lachen.

Die Pause war um, und wir mußten wieder an unsere Arbeit. Ich gab dem Kollegen, der über diesen Vorfall berichtet hatte, den „Roten Morgen".

Dieses kleine Beispiel zeigt deutlich, daß die Arbeiterklasse schon erkennt, gegen wen sich der ganze staatliche Terror richtet. So haben außerdem zehn Kollegen aus meiner Abteilung und Umgebung durch das Unterzeichnen der Protesterklärung sich gegen ein Verbot unserer Partei ausgesprochen.

Mit kommunistischen Grüßen!
Ein Genosse aus Siemens Gartenfeld, Berlin

Mit defekter Gasmaske in den Kessel geschickt

Bei der „Bakelite" in Iserlohn-Lethmate ereignete sich kürzlich folgender Unfall:

Ein Kollege mußte zur Reinigung in einen Kocher, in dem Phenolharze gekocht wurden. Unter anderem ist bei dieser Arbeit vorgeschrieben, eine Gasmaske gegen auftretende Phenolgase zu tragen. Einige Tage zuvor verlangte dieser Kollege vom Meister schon einen neuen Filter für seine Gasmaske, da der alte unwirksam war und er dadurch seit Tagen unter Kopfschmerzen und Übelkeit litt. Vom Meister wurde ihm gesagt, es seien zur Zeit keine neuen Filter da und er solle sich nicht so anstellen...

Was vorauszusehen war, trat dann auch tatsächlich ein. Nach wenigen Minuten Aufenthalt in diesem Kessel brach der Kollege zusammen. Der beigestellte „Sicherheitsposten", der „nebenbei" auch noch seine zwei Kocher bedienen mußte, versuchte daraufhin, den angeseilten Kollegen herauszuziehen, was ihm allein ohne irgendwelche Hilfsmittel nicht gelingen konnte. Daraufhin rief er noch andere Kollegen zu Hilfe und gemeinsam retteten sie den bewußtlosen Kollegen.

Dabei hatte er noch Glück, daß der Unfall während der Frühschicht geschah, denn da ist es häufiger so, daß der Betriebsleiter mit Kunden oder anderen werksfremden Personen einen Werksrundgang macht und dabei soll auf den ersten Blick nach außen hin vorgetäuscht werden, daß der Betrieb auch die Sicherheitsinteressen der Arbeiter im Auge hat.

Kriminell und lebensgefährlich wird es nachts, wenn die Kollegen ohne Sicherheitsposten und sogar ohne Seil in die Kessel geschickt werden.

Der Schichtführer schickte dann den noch benommenen Kollegen ein wenig an die frische Luft, d. h. allein (!) auf einen sechs Meter hohen Übergang! Anschließend sollte er mit der Kesselreinigung fortfahren. Die Arbeitskollegen waren zu Recht empört über das Verhalten des Schichtführers und wollten den Kollegen zum Sanitäter schicken. Das wollte er nicht, weil er noch in der Probezeit war und befürchtete, seinen Arbeitsplatz zu verlieren.

Also mußte er mit der defekten Gasmaske noch einmal in den Kessel.

An diesem Beispiel zeigt sich wieder einmal, daß die Profitgier der Chemiekapitalisten auch vor einem Arbeiterleben nicht halt macht. Aber ebenso zeigt sich auch, daß die Einigkeit unter den Kollegen und der Widerstand gegen solche mörderischen Arbeitsbedingungen wächst.

Meinungsterror bei Brandt in Hagen!

Am 11. 11. bekam eine Kollegin aus der Türkei eine fristlose Kündigung von den Brandt-Kapitalisten. Was war geschehen?

Ihr wird von seiten der Betriebsführung vorgeworfen, sie habe Hetzreden, die sich gegen ihren Arbeitgeber und den Kapitalismus im allgemeinen gerichtet hätten, gehalten. Außerdem sei sie unzuverlässig und habe den Arbeitsprozeß willkürlich unterbrochen (der Kollegin war für einige Zeit übel geworden und Springer waren nicht vorhanden). Dieser unhaltbare Kündigungsgrund wurde sofort vom Betriebsrat unterschrieben. Die Gewerkschaft verweigerte ihr jegliche Rechtshilfe.

Die Kollegen bei Brandt werden stark ausgebeutet; so arbeiten sie im Schichtbetrieb, zwei Schichten pro Tag. Der Stundenlohn beträgt 6,55 DM und die Arbeit ist sehr schwer (Geruchsbelästigung und große Hitze).

Dieser Akt der politischen Unterdrückung ist nicht die einzige politische Kündigung bei Brandt. Vor einiger Zeit wurde einer anderen Kollegin aus der Türkei fristlos gekündigt. Sie hatte die Wände ihres Zimmers im Wohnheim bei Brandt mit Bildern von Revolutionären geschmückt. Das werteten die Kapitalisten als „Verunreinigung der Wände" und ihr wurde daraufhin fristlos gekündigt. Diese Kündigung wurde ebenfalls vom Betriebsrat unterschrieben.

Das ist genug! Das werden sich die ausländischen Kollegen nicht gefallen lassen.

Schluß mit der politischen Unterdrückung von deutschen und ausländischen Kollegen in Hagen!

Deutsche und ausländische Kollegen — eine Kampffront, eine Klasse! Die Kündigung muß sofort zurückgenommen werden!

Genossen aus Hagen

Meinungsterror gegen die Arbeiterklasse

Drei Monate Gefängnis wegen einem Satz über Schleyer

Als die Nachricht vom Tod des Unternehmerpräsidenten Schleyer eintraf, forderte die Bourgeoisie drohend und beschwörend, jetzt müsse das ganze Volk um den so unsanft Verblichenen trauern. Aber es war von Trauer wenig zu spüren in der Arbeiterschaft. Schließlich war Schleyer der verhaßte Einpeitscher bei den brutalen Aussperrungen der streikenden Metallarbeiter in Baden-Württemberg. Wer jedoch glaubt, man habe „in unserer Demokratie" das Recht, über einen erklärten Feind der Arbeiterklasse und üblen Ausbeuter wie Schleyer seine Meinung zu sagen, der irrt. Der jugoslawische Krankenpfleger Drago M. in Schwelm mußte dies am eigenen Leib erfahren. Er soll an seinem Arbeitsplatz gesagt haben: „Ist doch gut — wieder ein Kapitalist weniger." Jetzt wurde er dafür zu drei Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

Dieses brutale Urteil ist der krasseste aber keineswegs der einzige Fall von Verfolgung Werktätiger, die mit ihrer Meinung über Schleyer nicht hinterm Berg hielten. Noch drei weitere Fälle sind uns bis jetzt bekannt geworden. In einer Druckmaschinenfabrik in Frankenthal bei Ludwigshafen schrieb ein Arbeiter auf ein Fahndungsblatt des Bundeskriminalamtes: „Schleyer — Kapitalistenschwein." Ein Meister beobachtete ihn dabei. Am nächsten Tag hatte der Arbeiter sein Entlassungsschreiben in der Tasche und mußte den Betrieb unverzüglich verlassen.

Bei der Hamburger Firma „Bau und Montage" wurde einem Lehrling gekündigt, der zwei Monate vor seiner Berufsschulabschlußprüfung steht. Er hatte Schleyer ein „Schwein" genannt. Nachdem er seine Äußerung wieder zurückgenommen hat, konnte er eine „einstweilige Verfügung" erwirken, die die Firma verpflichtet, ihn „vorerst weiterzubeschäftigen".

Bekannt wurde auch der Fall des Düsseldorfer Bankangestellten Richard S., der ebenfalls fristlos entlassen wurde. Auch er wurde denunziert. Man wirft ihm vor, er habe zu Pontos Tod gesagt: „Ein Kapitalist weniger"; ferner habe er Buback einen „Kriegsverbrecher" genannt, dessen „Hinrichtung nicht unbedingt den Falschen getroffen hat". Richard S. erklärte vor dem Arbeitsgericht, seine Äußerungen seien aus dem Zusammenhang gerissen und entstellt worden. Das half ihm jedoch nichts mehr, genausowenig wie die Tatsache, daß er FDP-Mitglied und Mitglied im Landesvorstand der Jungdemokraten ist. Das Arbeitsgericht bestätigte seine Entlassung.

Man muß befürchten, daß es noch mehr Werktätigen ähnlich gegangen ist, wie in diesen uns bis jetzt bekannt gewordenen Fällen. Auch kann nicht ausgeschlossen werden, daß es noch zu weiteren Gerichtsverfahren und Verurteilungen wegen solcher Äußerungen kommt. Fühlt man sich angesichts solcher Formen des Meinungsterrors nicht unwillkürlich an die Verhältnisse drüben im sozialfaschistischen Regime der DDR erinnert? Zugeben — dort ist es noch wesentlich schlimmer. Auch ohne solche Anlässe wie die Entführung und Erschießung Schleyers können die Werktätigen dort ihre Meinung über Honecker und Konsorten nur hinter der vorgehaltenen Hand sagen.

Aber trotzdem, es ist schon ganz schön weit gekommen mit der sogenannten Demokratie in der Bundesrepublik! Daß Genossen unserer Partei und anderer Organisationen vor Gericht gestellt werden, weil sie für Flugblätter und Zeitschriften verantwortlich zeichneten, in denen die Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen angeprangert und der Bonner Staat als Unterdrückungswerkzeug der Kapitalisten entlarvt wird, daß sie zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt werden — das ist ja in den vergangenen Jahren sozusagen alltag der politischen Unterdrückung bei uns geworden. Daß jedoch Arbeiter entlassen und vor Gericht gestellt werden, weil sie im Kollegenkreis ihre Meinung über einen Kapitalisten sagen, das ist eine Verschärfung, das zeigt, wie die Bourgeoisie die Faschisierung weiter vorantreibt.

Dieser Meinungsterror gegen die Werktätigen, wie ihn die Bourgeoisie hier begonnen hat anzuwenden, richtet sich gegen das Klassenbewußtsein der Arbeiter. Der berechtigte Klassenhaß der Ausgebeuteten gegen ihre Ausbeuter wird kriminalisiert und als Terrorismus gebrandmarkt. Im Kern läuft das doch auf nichts anderes hinaus, als auf die „Volksgemeinschaft" der Nazis. Diese faschistische Ideologie erklärt den Klassenkampf des Proletariats, den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung zum kriminellen Tatbestand, der mit allen Mitteln unterdrückt und ausgemerzt werden muß. Im Hitler-Faschismus diente diese Ideologie der offen terroristischen Herrschaft der Monopolkapitalisten, der blutigen und barbarischen Unterdrückung der Arbeiterbewegung, der systematischen Ermordung von Kommunisten und anderen fortschrittlichen Menschen. Sicher — heute ist die Bundesrepublik noch kein faschistischer Staat. Aber daß Bonn auf den Faschismus Kurs genommen hat, das wird immer deutlicher sichtbar.

Die Arbeiter aber sind nicht bereit, die Faschisierungsmaßnahmen der Bourgeoisie einfach hinzunehmen. Sie denken nicht daran, sich in die Bonner Volksgemeinschaft zwingen zu lassen. Auch wenn der DGB-Apparat der Bourgeoisie dabei eifrig Schützenhilfe leistet. Das zeigen gerade auch die oben zitierten Äußerungen, die keine Einzelfälle waren. Der unverschämte Aufruf zur Gedenkminute für Schleyer, den die DGB-Führung gemeinsam mit den Unternehmerverbänden erließ, stieß in den Betrieben auf Empörung und Widerstand. „Für den eine Gedenkminute einlegen? — Nee!" sagten z. B. Kollegen bei Thyssen in Duisburg. In einem Hamburger Chemiebetrieb stieß ein Flugblatt der Betriebszelle unserer Partei mit der Überschrift „Für Schleyer keine Feier" auf große Zustimmung. In einer Abteilung weigerten sich die Arbeiter geschlossen, die Maschinen abzustellen. Der Klassenhaß der Arbeiter läßt sich nicht verbieten! Es wird der Bourgeoisie nicht gelingen, das Anwachsen des revolutionären Klassenkampfes aufzuhalten.

BERICHTIGUNG

In der vorletzten Ausgabe des „Roten Morgen" (RM Nr. 45/77) ist uns in dem Artikel „Rote Betriebsräte entlassen" (S. 4) ein Fehler unterlaufen. Wir waren fälschlicherweise davon ausgegangen, daß der Ausschlußantrag der IGM-Betriebsräte gegen die beiden Roten Betriebsräte bei KHD in Köln vom Arbeitsgericht zurückgewiesen worden war. In Wirklichkeit hatte jedoch das Arbeitsgericht den Ausschlußantrag bestätigt. Dieses Urteil erging Ende Juni dieses Jahres. Damit war Genossin Anne Fleischel aus dem Betriebsrat ausgeschlossen (der zweite Rote Betriebsrat, gegen den sich der Ausschlußantrag ebenfalls richtete, war inzwischen längst fristlos entlassen worden). Bei ihrer Entlassung Anfang November war Anne Fleischel also nicht mehr Mitglied des Betriebsrats.

"Der Gewerkschaft dürfen wir nicht trauen"

Arbeiterdemonstration in Emden

Rund 2.000 Arbeiter und Angestellte marschierten am Dienstag vergangener Woche zwei Stunden lang durch die Straßen von Emden. Sie demonstrierten gegen die drohende Stillegung der Werft Schulte & Bruns und der anderen zu diesem Reedereikonzern gehörenden Betriebe, gegen die unmittelbar drohende Entlassung der 1.700 Beschäftigten dieses in Konkurs gegangenen Konzerns (siehe auch RM Nr. 45 vom 11. 11. 77). Neben den Kollegen von S & B beteiligten sich an der Demonstration auch Arbeiter und Angestellte anderer Betriebe. So z. B. Kollegen der Rheinstahl-Werft (Nordsee-Werke), auf der ebenfalls Massenentlassungen drohen. Auf der Demonstration wurden Arbeiterlieder gesungen wie: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit"!

Der IGM-Apparat, der selbst mit in dem Übergangs-Werksvorstand des Unternehmens sitzt, hatte zunächst versucht zu verhindern, daß die Kollegen auf die Straße gehen. IGM-Bevollmächtigter Wiltfang hatte zu „Ruhe und Besonnenheit" und zum „Vertrauen in den neuen Werksvorstand" aufgerufen. Erst als Unruhe und Kampfbereitschaft ein „bedrohliches" Ausmaß annahmen, stellte sich der IGM-Apparat aus taktischen Gründen an die Spitze der Bewegung und organisierte diese Demonstration. Ein Genosse unserer Partei sprach vor der Werft mit Arbeitern von S & B. Außerdem gelang es ihm durch einen Trick, sich im Emdener IGM-Büro vom Gewerkschaftsbonzen Wiltfang persönlich über dessen Standpunkt informieren zu lassen. Im folgenden der Bericht unseres Genossen.

Zu dritt saßen sie mir im IGM-Büro in Emden gegenüber. Denn es hatte für sie den Anschein, als sei ich ein gewichtiger Mann. Einer, der für ein großes deutsches Magazin schreibt. So glaubten sie, für mich sei der Konkurs von Schulte & Bruns nichts anderes als ein gefundenes Fressen für eine zugkräftige Story.

Schon als ich in das Büro des Bevollmächtigten Wiltfang trat, fielen mir Flugblätter auf, die in einem Regal lagen. Flugblätter für die Kollegen von S & B? Ich schaute genauer hin. Nein — Kreistagswahl war gewesen. Eben dieser Bonze Wiltfang hatte dafür kandidiert. IGM-Flugblätter für die Kollegen von S & B dagegen hat es bis heute noch nicht gegeben. Wozu auch? Versicherte mir Wiltfang doch, alle, auch der neue Werksvorstand, zögen ja am gleichen Strang. Wozu also Flugblätter? Er selbst habe schließlich schon persönlich mit einigen niedersächsischen Ministern gesprochen...

Nachdem die drei sich vergewissert hatten, daß ich nicht die Absicht hätte, mit den Arbeitern selbst zu sprechen, wurde man schnell warm mit mir. Sie hielten mich für einen der Ihrigen, den das Schicksal der Kollegen einen Dreck kümmert. So machten sie auch recht deutlich, was sie von der Arbeiterklasse im allgemeinen und von den Kollegen von S & B im besonderen denken: eine dumme (wenn auch gefährliche) Masse...

Er, Wiltfang, habe die Kollegen persönlich zu Ruhe und Ordnung aufgerufen, denn die neuen Besitzer von S & B, das Land Niedersachsen und die Gewerkschaft, würden doch alles erdenkliche tun, um zumindest die Werft zu retten (die Werft warf noch die meisten Profite im S & B-Konzern ab). Wogegen also sollten denn da die Kollegen demonstrieren, wo doch alle am gleichen Strang ziehen?!

Was mit den Kollegen der anderen Betriebe werden soll, und was mit den Arbeitern auf der Werft geschieht, wenn im Dezember der letzte Auftrag vom Stapel läuft — diese Fragen umgingen Wiltfang und seine Kumpane diskret. Ja, diese „Arbeitnehmervertreter" haben sich's im Kapitalismus fein eingerichtet. Daß die Arbeiter von S & B von diesem System, das ihnen die Existenzgrundlage raubt, nichts mehr halten, daß sie um ihre Arbeitsplätze kämpfen müssen, weil darin ihre einzige Hoffnung liegt — was interessiert diese Bonzen das! „Wogegen sollen die Kollegen denn demonstrieren?" Dieser Satz klang mir noch im Ohr, als ich das IGM-Büro verließ.

Viele Kollegen bei S & B sind fünfzig und älter. Die meisten hätten von der Firma Anspruch auf Alterssicherung. Aber jetzt... Viele arbeiten schon zwanzig, ja dreißig Jahre auf der Werft. Sie werden keine Arbeit mehr finden — zumal im ostfriesischen Raum die Arbeitslosenquote bei 8% liegt. Die 62 Lehrlinge auf der Werft fragen sich, wo sie ihre Ausbildung fortsetzen können. Um die Werksrente, die Alterssicherung, die Ausbildung und um ihre Zukunft sollen die Kollegen von den Kapitalisten betrogen werden. Die haben natürlich ihr Schäfchen längst ins Trockene gebracht. „Wogegen sollen also die Kollegen demonstrieren?!"

Am Werfttor gaben mir die Kollegen selbst die Antwort. „Dem Wiltfang und der Gewerkschaft dürfen wir nicht trauen", meinte einer. Ein anderer ließ sich ein Probeexemplar des „Roten Morgen" geben, und er sagte: „Ihr Kommunisten könnt uns auch nicht helfen, das müssen wir schon selbst machen." „Es ist euer Kampf", bestätigte ich, „aber wir Kommunisten können schon einen Beitrag dazu leisten, wir können euch unterstützen und wir können auch unsere Erfahrung und unser Wissen dazu beisteuern..."

Am letzten Dienstag demonstrierten nun die Kollegen. Mit ihnen marschierten Kollegen von der Rheinstahlwerft. In letzter Minute hatte sich der IGM-Apparat doch noch zu dieser Demonstration entschlossen, denn die Unruhe unter den Kollegen war zu groß geworden. Wußte nun Bonze Wiltfang plötzlich doch, wogegen man demonstrieren muß?

Bei unserem Gespräch in seinem warmen Büro hatte er schon böse Ahnungen geäußert: „Geht etwas schief, dann werden die Kollegen radikal. Das kann niemandes Interesse sein!" Nun mußte Wiltfang sich also trotzdem zur Demonstration entschließen, weil die Kollegen zusehends radikaler wurden. Jetzt hofft er, seine Rechnung möge dennoch aufgehen, die Kollegen hätten nun Dampf abgelassen und er könnte weiterhin in seinem Büro mit seinen Freunden von Kapital und Regierung schmutzige Geschäfte ausbrüten.

Aber die Kollegen von S & B werden weiterkämpfen. Sie sind auf dem richtigen Weg. Und für die Wiltfangs wird es eines Tages ein böses Erwachen geben. Dann werden sie selbst und der ganze DGB-Apparat Ziel der Demonstration der Arbeiter sein (und natürlich auch die Kapitalisten, die sowieso!). Dann werden die Kollegen für ihre Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung marschieren. Wir Genossen der KPD/ML wollen uns alle Mühe geben, daß dieser Tag schnell heranreift.

"Fachgruppe Verfassungsschutz der ÖTV" gegründet

Zwei Diener eines Herrn

Die ÖTV vertritt die Interessen der Kollegen im Öffentlichen Dienst — sagen die ÖTV-Bonzen. Beispielsweise die Interessen der Straßenbahnfahrer. Oder der Kollegen im Krankenhaus. Oder der Kollegen bei der Müllabfuhr. Oder der Kollegen vom Verfassungsschutz.

Verfassungsschutz? Da stockt der Leser. Verfassungsschutz? Wo gibts denn da Kollegen? Die unauffälligen Herren vielleicht, die sich unter Demonstrationen mischen, um hinterher Berichte zu schreiben? Oder die, die hinter Balkonbrüstungen oder Gardinen versteckt, Kundgebungen filmen und so das Material liefern für politische Entlassungen, Berufsverbote, Prozesse? Oder die, die in der Nachbarschaft von Kernkraftwerksgegnern, Antimilitaristen, streikenden Arbeitern herumschnüffeln, Nachbarn, Verwandte, Arbeitskollegen ausspionieren? Oder die, die ihre Ohren in den Telefonleitungen von Oppositionellen haben, um jedes Gespräch mitzuschneiden? Spitzel sind das doch, Denunzianten, am besten sollte man sie...

Aber sachte! Die ÖTV-Führung sieht das ganz anders. „Verfassungsschützer sind Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes wie andere auch", erklärt die November-Nummer des „ÖTV-Magazins". Und so haben sich die ÖTV-Bonzen darangemacht, eine „Fachgruppe Verfassungsschutz in der ÖTV" aufzubauen. Aufgabe dieser „Fachgruppe Verfassungsschutz" wird es nicht nur sein, sich für die Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der Verfassungsschützer einzusetzen. In dieser Richtung wird sie sowieso nicht viel Arbeit haben. Schließlich läßt sich der bürgerliche Staat nicht lumpen, wenn es darum geht, seinen Polizei- und Spitzelapparat auszubauen. Fast 900 Millionen mehr für Polizei und Verfassungsschutz hat das Parlament erst kürzlich gebilligt.

Nein, die ÖTV hat viel edlere Ziele. Da diese Art „Kollegen" in der Bevölkerung allgemein verhaßt sind, will die ÖTV dafür sorgen, „daß die Unbefangenheit gegenüber der Tätigkeit des Verfassungsschutzes zunimmt" und der Verfassungsschutz „als eine von mehreren Institutionen akzeptiert wird, die für die innere Sicherheit und damit für die Erhaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unverzichtbar sind".

Mit einem Wort: Die ÖTV-Bonzen wollen mit dieser neuen „Fachgruppe" ihr Scherflein beitragen zur faschistischen Hetze vom „Volksganzen", vom „Ende des Klassenkampfes", vom „freiheitlichen Rechtsstaat".

Man muß sich das einmal praktisch vorstellen: Da sollen also in Zukunft die schwer arbeitenden Müllmänner ihren Gewerkschaftsbeitrag in die gleiche Kasse zahlen wie die Acht-Groschen-Jungs aus Pullach. Da sollen die Krankenschwestern und Ärzte in einer Gewerkschaft „vereint" sein mit genau den Berufsspitzeln, die im Ernstfall — d. h. wenn sich diese Kollegen revolutionär betätigen — dafür sorgen, daß sie ihre Stelle verlieren, oder aus eben dieser Gewerkschaft rausfliegen. Da sollen in Zukunft Streikforderungen der Kollegen im Öffentlichen Dienst nach mehr Lohn oder besseren Arbeitsbedingungen auch gleichzeitig gelten für jene Spitzel, deren Aufgabe es ist, diesen Streik auszuspionieren und dafür zu sorgen, daß die „Rädelsführer" in die Kartei des Verfassungsschutzes aufgenommen werden.

Ist eine solche Schizophrenie denn möglich? Natürlich nicht — in einer revolutionären Gewerkschaft, die tatsächlich die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. Daß sie tatsächlich möglich ist in einer Einzelgewerkschaft des DGB, beweist einmal mehr, daß dieser Gewerkschaftsapparat nicht die Interessen der arbeitenden Kollegen vertritt.

DGB-Apparat und Verfassungsschutz — das ist kein antagonistischer Widerspruch. Das sind zwei Diener eines Herren: der westdeutschen Monopolbourgeoisie. Und oft genug haben die DGB-Bonzen praktisch gezeigt, daß sie das Geschäft der Denunziation, des Schnüffelns gegenüber revolutionären und fortschrittlichen Kollegen aufs Beste verstehen.

So gesehen hat Kluncker tatsächlich seine „Kollegen" in die ÖTV geholt.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



Erfolgreicher Warnstreik gegen kalte Hallen und Büros

Am Montag, den 26. September war es in der Westhalle so kalt (ca. 12°), daß ein Teil der Kollegen für 15 Minuten die Arbeit niederlegte. Sie gingen in die Kantine und forderten, daß sofort geheizt werden sollte. Die Geschäftsleitung mußte das zusichern und 15 Minuten später wurde aus vollen Rohren geheizt.

Dieser Erfolg zeigt, daß die Kapitalisten nur durch Kampfmaßnahmen gezwungen werden können, uns annehmbare Arbeitsbedingungen zu schaffen. Geredet und geschrieben wurde schließlich genug über die Hitze im Sommer und die Kälte im Winter.

Aber nichts hat sich geändert. Zumal einige Tage vorher Borsig in der bürgerlichen Presse gelobt wurde, weil sie eine Menge Energiekosten eingespart haben. „Millionen-Köhler" hat ja seinen Namen deshalb, weil er für den Profit der Borsig-Herren schon Millionen eingespart hat.

Trotzdem war es kein ganzer Erfolg: Nur ein Teil der Kollegen wurde mobilisiert, hauptsächlich die Maschinenarbeiter. Ein Teil der Schlosser wußte nicht Bescheid und arbeitete weiter. Ebenso die genauso betroffenen Angestellten. Die Kollegen anderer Abteilungen wurden nicht mit einbezogen.

Das bedeutet Spaltung der Belegschaft. Zu verdanken ist das einigen Vertrauensleuten. Das hat den spontanen Warnstreik geschwächt und die Wucht vermindert, mit der die Kollegen ihren Forderungen Nachdruck verliehen haben.

Als Resultat davon wird jetzt schon wieder weniger geheizt. Morgens ist es noch immer zu kalt, abends geht das Thermometer wieder bis auf 14° runter und die Nachtschicht muß sich dick einmummeln, um nicht vor Kälte zu zittern. An einigen Stellen in den Hallen zieht es noch immer wie Hechtsuppe. Auf daß sich weiterhin die Aktionäre auf Kosten unserer Gesundheit in den dick gepolsterten Sesseln ihrer warmen Chef-Etagen aalen können.

Die Lehren des Warnstreiks

Die Kollegen müssen sich ohne und gegen gewisse Reformisten und Spalter zusammenschließen; alle Arbeiter und kleinen Angestellten müssen sich bei der nächsten Kältewelle versammeln, die besten Kollegen zu Wortführern und Streikleitern wählen; der Streik muß solange fortgesetzt oder neu wiederholt werden, bis auch der letzte Kollege der Nachtschicht nicht mehr zu frieren braucht.

Das ist die einzige Methode, den Bossen einzuheizen.

Was geschieht mit den Kumpels, wenn im Notfall der Strom ausfällt?



Am Dienstag vergangener Woche war es so weit. Die Elektrolüfter gingen aus, Panzer liefen nicht mehr, Bänder standen still, es wurde noch dunkler unter Tage.

Der Grund war: vollkommener Stromausfall auf Gneisenau. Genauso auf Viktoria 3/4, Kurl III und Minister. Daß die Bänder stillstanden, ist nicht unser Bier. Aber daß die Seilfahrt gestundet und die Wetterführung unterbrochen war, kann man nicht auf sich beruhen lassen.

Es kann immer mal passieren, daß irgendeine Maschine ausfällt, aber was hier offensichtlich wurde, ist, daß es keine genügenden Sicherheitsvorkehrungen gibt, um die Anlagen über Notaggregate zu versorgen, die für das Leben der Kumpels unter Tage entscheidend sind!

An sämtlichen Schächten standen die Kumpels, die von der 10. und 9. Sohle hatten ihre Fahrung besonders schwer, denn auch die Schleifkörbe waren nicht in Betrieb. Daß die Förderung stillsteht, kümmert uns herzlich wenig, aber Seilfahrt muß immer gemacht werden können, und wenn der ganze Tagesbetrieb zusammenbrechen sollte.

Was wäre denn gewesen, wenn irgendwo ein Schwerverletzter unten gelegen hätte? Gar nicht daran zu denken, wenn da ein größerer Unfall passiert — die Kumpels wären abgeschnitten!

Die Seilfahrt darf einfach nicht ausfallen und die Wetterführung muß auch im entlegensten Betriebspunkt aufrechterhalten werden. Dieser Fall zeigt einmal mehr, was im Kapitalismus das Leben von uns Arbeitern gilt.

Da wir nicht glauben, daß die Zechen ihre Stromrechnung nicht bezahlt haben, muß es doch einen anderen Grund geben. Aber nichts — keine offizielle Mitteilung, keine Zeitungsberichte — Stillschweigen! Offensichtlich soll vertuscht werden, wie es tatsächlich um unsere Sicherheit bestellt ist.

Wir fordern, daß die Betriebsleitung sofort darüber Rechenschaft ablegt, wie in ähnlichen Fällen in Zukunft die Sicherheit der Kumpels absolut garantiert werden kann!

Meldungen aus den Betrieben

KORRESPONDENZ

Zwölf Tage lang streikte die gesamte Besatzung des Fischkutters „Wiesbaden" aus der Fangflotte der „Nordsee". Dies berichtete mir einer der Fischer in Nordenham. Es war vor fünf Wochen. Man blieb im Hafen der französischen Insel St. Pierre vor Anker liegen. Der Streik brach aus, weil die „Nordsee" sich weigerte, mehr als 50 Pfennig pro Tonne angelandeten Fischs zu bezahlen. 50 Pfennig sind ein Hohn, wenn man weiß, daß die reine Heuer für die Kollegen und ihre Familien vorn und hinten nicht reicht. Es wurde von der Insel aus mit der ÖTV-Gewerkschaft telefoniert. Die Bonzen versprachen, sich um die Sache zu kümmern, die streikenden Kollegen würden umgehend Nachricht von der Gewerkschaft erhalten. Nach zwölf Tagen Streik gingen die Kollegen wieder an die Arbeit. Von der ÖTV haben sie bis auf den heutigen Tag nicht einen einzigen Ton gehört.

Korrespondenzen

Redaktion „Roter Morgen" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

Verdächtige Kisten aus dem Haus getragen

Liebe Genossen,
vor kurzem war mein Bruder aus Westdeutschland hier zu Besuch. Dabei erzählte er mir ein Beispiel von Polizeiterror, der ihn selbst betroffen hatte. Mein Bruder bewohnt mit Bekannten ein Haus in einem kleinen Ort in Westdeutschland. Er arbeitet bei einer Zeitschrift mit, die die Befreiungskämpfe in den Entwicklungsländern in Asien, Afrika und Südamerika darstellt und über die Einmischung und Rolle des westdeutschen Imperialismus in diesen Ländern berichtet: (S. auch RM Nr. 44, S. 7).

Mein Bruder und seine Bekannten gehen zu dem verantwortlichen Beamten, der den Polizeiüberfall geleitet hat. Da erfahren sie den Grund des Einbruches in ihr Haus, die Entführung von Schleyer. Sie erfahren darüber hinaus, daß Nachbarn sie beobachtet haben sollen, wie sie verdächtige Kisten — mit Büchern — aus dem Haus getragen hätten, oder zu später Stunde Mülleimer vor die Tür gestellt hätten, und ein Polizist habe durchs Fenster einen Ordner über Südamerika gesehen. Im übrigen sei oft auswärtiger Besuch bei ihnen, so z. B. aus Berlin. Gegenüber vom Haus, in dem mein Bruder wohnt, liegt ein Restaurant mit einigen Zimmern zum Übernachten; dort hatten sich einige Zeit vor dem Polizeiüberfall zwei nette Herren eingemietet, die alles genau beobachten wollten.

Der Hausbesitzer war empört über den Einbruch in sein Haus. Nun ist der zwar CDU-Mitglied; aber das betraf ihn selber und das fand er nicht gut. So ließ er gleich darauf ein Plakat im Ort ankleben mit der Aufschrift „Nieder mit dem Gegenterror" (hier irrt der CDU-Mann, der Terror geht von der Bourgeoisie aus). Das Plakat wurde wenig später abgerissen, worauf er wieder ein neues anbringen ließ.

Übrigens passierte meinem Bruder beim Abflug nach Westberlin noch folgendes: Bei der Kontrolle auf dem Flughafen interessierte sich ein recht junger Polizeibeamter für eine Pralinenschachtel, die mein Bruder als Geschenk mitbringen wollte. Dem Polizisten reichte es nicht, mit seinem Detektor nach Waffen in der Schachtel zu suchen. Er wollte es genau wissen und fing an, die Schachtel aufzureißen.

Es ist heute also nicht mal mehr erlaubt, unbehelligt kleine Geschenke mitzunehmen wie Pralinenschachteln, ohne daß die Polizei mit Schikanen und Terror die Bevölkerung einzuschüchtern versucht. Diese Maßnahmen machen die Polizei bei den breiten Massen nicht beliebter und zeigen ihnen immer mehr, wem sie dienen und welche Aufgabe sie haben.

Rot Front! Ein Genosse aus Westberlin

Polizeialltag in Aachen

Ein Kollege berichtete uns, was ihm letzte Woche in Aachen passierte: 8.15 Uhr. Er saß im Bus und fuhr zur Arbeit. Er mußte umsteigen. Kurz danach wurde der Bus von starken Polizeikräften, mehrere PKWs und Motorräder, gestoppt. Drei mit MPs bewaffnete Polizisten stürzen in den Bus. Einer befahl dem Fahrer, nicht weiterzufahren, während die beiden anderen auf den Kollegen zustürmten und ihn anherrschten: „Hände hoch, aussteigen!" Draußen wurde der Kollege nach Waffen durchsucht. Dann wurde er zur Wache gefahren. Als er fragte, warum das Ganze, hieß es: „Erklärungen gibt es hinterher." Im Polizeipräsidium wurde er eine 3/4 Stunde festgehalten. Der Raum war fast leer. In jeder Ecke stand aber ein Polizist mit Pistole, den Lauf auf den Kollegen gerichtet. Er wurde dann nach seinen Personalien gefragt und — ohne weitere Erklärung — nach Hause geschickt.

Ein typisches Beispiel dafür, wie mit der „Terroristenfahndung" die Bevölkerung terrorisiert und eingeschüchtert werden soll.

Rot Front, Genossen aus Aachen

Die Meldung

Zur Zeit der großen Fahndung,
der Terroristenhysterie —
da las ich eine Meldung
(weiß nicht mehr, wo und wie!)

Es hieß, der Martin Schleyer
sei nicht (wie bisher angenommen)
durch Fremdeinwirkung — nein, er sei
durch Selbstmord umgekommen!

In einem Kerker, irgendwo
im Untergrund, verschlossen,
hab' er, verzweifelt, hoffnungslos
sich in den Kopf geschossen.

Zwar hab' er die Pistole nicht
im Nacken aufgesetzt —
sondern, wie's durchaus möglich ist,
sich überm Ohr tödlich verletzt.

Es sei noch unklar, wie die Waffe
in seine Hand gelangen konnte;
dies Rätsel übersteig bis heut'
jedweden Denkens Horizonte.

Denn Schleyer war bekanntermaßen
total von allem abgeschlossen;
Kontakt war ihm gesperrt zu allen
Gesinnungs- oder Artgenossen.

Um nun — so hieß es — vorzubeugen
Gerüchten und Spekulation
sei schnellstens an die Untersuchung
gegangen eine Kommission

und prüft nun, wie sich töten konnte
der Arbeitgeberchef.
Die Kommission bestünd' aus einem
Expertenteam der RAF.

— es war zur Zeit der Fahndung,
der Hysterie gewesen —
da mußte ich diese Meldung
(wo weiß ich nicht mehr!) lesen.

Und mir verschlugs die Sprache;
das war ja allerhand!
Und so was wird geschrieben
im saubern Westdeutschland!

Die Meldung las ich dreimal —
dann hab ich sie kapiert:
Frech wird in diesem Lande Mord
in Selbstmord umfrisiert.

Veranstaltungen der Gesellschaft der Freunde Albaniens

Westberlin: Veranstaltung zum Jahrestag der Befreiung Albaniens. 26. 11. 77, 19 Uhr, Gesellschaftshaus Neukölln.

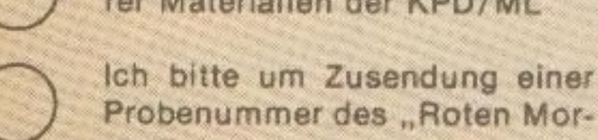
Dortmund: Lichtbildvortrag und Fotoausstellung, Dienstag, 29. 11., 19.30 Uhr, Einlaß 18.30 Uhr, Auslandsinstitut, Arndtstr. 30 a

Parteiveranstaltungen:

Witten: „Polizeistaat in Aktion — was sagt die KPD/ML zum Terror?", Donnerstag, 24. 11., 19,00 Uhr, „Engelsburg", Röhrchenstr. 20

Nürnberg: Albanienveranstaltung: Sonntag, 27. 11., 15 Uhr, Gasthof „Deutscher Kaiser", Johannisstr. 118. Es wird der albanische Spielfilm gezeigt: „Alte Wunden".

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML



Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME
WOHNORT
STRASSE

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Studenten kämpfen gegen neue Hochschulgesetze

Von der in Bonn angestimmten Terroristenhysterie sind im wachsenden Maße auch die Hochschulen betroffen. Die Universitäten seien „das Rekrutierungsfeld für Terroristen", heißt es. Es gelte den „Linksextremismus" und „den terroristischen Sumpf" an den Hochschulen auszurotten. Und immer brutaler geht der bürgerliche Staat gegen fortschrittliche Studenten vor:

• Da wird ein Student, unser Genosse Francis de Blois, am 11. 11. plötzlich verhaftet, weil ein Spitzel ihn gesehen haben will, wie er den „öffentlichen Frieden störende" Flugblätter des KSB/ML verteilt hat.

• In Westberlin wird nach dem letzten Wintersemesterstreik eine ganze Flut von Ordnungsverfahren in Gang gesetzt. Schließlich werden zwei Studenten von der Uni gefeuert, darunter unser Genosse Wolfgang Menzel für vier Semester. Solche Ordnungsverfahren werden unter Ausschluß der Öffentlichkeit und gegebenenfalls des Beschuldigten selbst durchgeführt. Zusätzlich hageln diesen Genossen noch „normale" Anklageschriften ins Haus, die eindeutig auf Gefängnisstrafen abzielen. Warum? Weil diese Genossen führend am Streik teilgenommen haben, der sich gegen die wachsende politische Unterdrückung richtet.

• In Marburg dringen sechs Polizisten in die Mensa der Universität ein, um Wandzeitungen zu entfernen, die sich gegen die wachsende politische Unterdrückung richten.

• In Göttingen wird der AStA zwangsenthoben, weil er das politische Mandat wahrgenommen hat. Stattdessen wird den Studenten ein Staatskommissar vor die Nase gesetzt.

• In Hannover wird Professor Brückner vom Dienst suspendiert, weil er sich empört gegen das Kontaktsperregesetz und andere faschistische Maßnahmen des Bonner Staates und nicht bereit ist, vor dem Kultusminister zu Kreuze zu kriechen.

Hochschulrahmengesetz und Landeshochschulgesetze

Zur Zeit werden in allen Bundesländern Landeshochschulgesetze verabschiedet, mit denen das Hochschulrahmengesetz, das bereits verabschiedet ist, auf die einzelnen Bundesländer umgesetzt werden soll.

Durch diese Gesetze soll „Überflüssiges" aus dem Studium entfernt werden. Ein zukünftiger Arzt beispielsweise soll sich keine Gedanken mehr machen über die Ursachen von Krankheiten, sondern nur darüber, wie er mit Medikamenten die Werktätigen wieder so fit machen kann, daß sie arbeiten können. Und wer sich da nicht anpaßt, wer die Prüfungen nicht rechtzeitig schafft, wird nach acht Semestern von der Uni gefeuert: Zwangsexmatrikulation heißt das. Dann steht der Student auf der Straße, ohne Abschluß, acht Semester umsonst studiert!

Die Verfaßte Studentenschaft ist im HRG nur als „Kann"-Bestimmung vorhanden. Einige Bundesländer haben mit ihrem Landeshochschulgesetz die Verfaßte Studentenschaft bereits abgeschafft. Damit wird den Studenten verboten, Vollversammlungen abzuhalten. Sie dürfen keine Fachschaftsvertreter und Asten mehr wählen. Was damit erreicht werden soll, sagte Ex-Nazi Filbinger, heute Ministerpräsident von Baden-Württemberg, sehr deutlich: Er hätte gegen diese Organe nichts, wenn sie beispielsweise vom RCDS (Studentenorganisation der CDU) besetzt würden. So aber gälte es mit diesen Maßnahmen dem Vormarsch des Linksextremismus an den Hochschulen Einhalt zu bieten. Aber auch dort wo die Verfaßte Studentenschaft bleibt, wie in einigen SPD-regierten Ländern, soll sie vollständig vom Staatsapparat kontrolliert werden: Die Vertreter sind nur den bürgerlichen Gesetzen, nicht aber den Studenten, ihren Wählern, verantwortlich. Die Organe der Verfaßten Studentenschaft haben sich jeder allgemeinpolitischen Äußerung zu enthalten. Was allerdings „Allgemeinpolitik" ist, bestimmen die Richter und die Herren in Bonn. So hat niemand etwas dagegen, wenn der VDS (Verband Deutscher Studentenschaften, besetzt von revisionistischen und reformistischen Kräften) eine erwünschte „Antiterroristenerklärung" abgibt, in der gegen jede revolutionäre Gewalt gehetzt wird. Aber wehe, die Vertreter der Verfaßten Studentenschaft solidarisiert sich mit dem Kampf der Arbeiterklasse und der Völker in aller Welt, dann werden die Justizorgane aktiv, um dann vorzugehen, haben sie dieses Gesetz geschaffen.

Außerdem sehen alle Landeshochschulgesetze das faschistische Ordnungsrecht vor, mit dem alle kämpferischen und revolutionären Studenten, die dem Staat und der Unibürokratie in einem Kampf unangenehm auffallen, von der Universität verwiesen werden können.

Richten sich die Kämpfe der Studenten gegen die Arbeiter?

Wenn die bürgerlichen Medien von den Auseinandersetzungen an den Universitäten berichten, malen sie in der Regel das folgende Bild: Chaos an den Hoĺhschulen, die Studenten wollen nicht studieren, sondern diskutieren lieber und machen sich ein schönes Leben auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. In diesem Sinn schreibt auch der Universitätsrektor aus Stuttgart an die Studenten: „Sie gehören schließlich zu den 20% der Jugendlichen, die privilegiert sind, gegenüber den 80%, die überhaupt keine akademische Ausbildung bekommen... Glauben Sie wirklich, daß Sie diese Mehrheit und Ihre Eltern durch einen Streik überzeugen können?"

Dieser Herr Rektor geht mit mehreren tausend DM im Monat nach Hause, von den Nebeneinkünften ganz zu schweigen. Und die Studenten? In Münster beispielsweise, sind über 5.000 Studenten seit Monaten ohne die ihnen zustehende Bafög-Förderung. Da müssen ihre Eltern in die Tasche greifen, und das sind in der Regel gerade die Werktätigen, die sich krumm gemacht haben, um ihren Kindern ein Studium zu ermöglichen. Haben diese Studenten etwa kein Recht, ihr Geld zu verlangen?! Und haben die Studenten nicht recht, wenn sie als ausgebildete Lehrer auch in den Schulen unterrichten wollen, wenn sie sich gegen die drohende Arbeitslosigkeit empören, zumal sie sehen, daß andererseits die Klassen viel zu groß sind, um vernünftig zu unterrichten?! Sicher, es gibt auch Studenten, die leben von Papas Brieftasche, die haben diese Sorgen nicht, sie haben die richtigen Beziehungen, übernehmen Papas Praxis usw. Diese Studenten streiken aber auch nicht. Sie sind also auch nicht gemeint, wenn der Herr Rektor gegen die „privilegierten Studenten" zu Felde zieht.

Es geht den fortschrittlichen Studenten nicht darum, ihre Privilegien gegenüber der Arbeiterjugend auszuweiten. Ihre Kämpfe sind gerecht und haben die Unterstützung der Arbeiterklasse. Sie werden vom Staat deshalb so gefürchtet, weil sie sich letztendlich gegen die kapitalistische Ordnung, die für das Chaos und die Arbeiterfeindlichkeit der Ausbildung an den Hochschulen verantwortlich ist, richten.

Bonn befürchtet „heißes Wintersemester"

Viele Aktionen der Studenten bereits in diesem Semester zeigen, daß sie bereit sind, zu kämpfen. So die Demonstration der fast 25.000 Studenten in Stuttgart und die Streiks, die an über 2/3 der Universitäten und Fachhochschulen in Baden-Württemberg beschlossen wurden, um gegen das neue Hochschulgesetz zu kämpfen. In Westberlin demonstrierten am 9. 11. ca. 4.500 Studenten gegen das Hochschulrahmengesetz und den Referentenentwurf zum Landeshochschulgesetz. Das ist eine gute Beteiligung, zumal die Revisionisten vom MSB Spartakus an dieser Demonstration nicht teilnahmen.

Häufig sind es auch kleinere Kämpfe, mit denen sich die Studenten gegen die neuen Gesetze und die Verschärfung der Studienbedingungen wehren. So sollten beispielsweise in Westberlin alle Studenten des 4. Semesters in Medizin, die im letzten Semester gestreikt hatten, jetzt die Klausur nachschreiben. Als sie merkten, daß die Fragen absichtlich besonders schwer gestellt waren, setzten sie sich in Gruppen zusammen und beantworteten die Fragen gemeinsam. Da sich die Studenten entschlossen zeigten, wagten die Professoren nicht, dagegen vorzugehen und alle Studenten erhielten den Schein. Gerade diese Kämpfe an den Fachbereichen gegen die einzelnen Maßnahmen des HRG sind wichtig, um eine breite Front gegen das Hochschulrahmengesetz aufzubauen.

Der VDS will den Kampf abwiegeln

Angesichts der breiten Empörung unter den Studenten sah sich der VDS gezwungen, vom 28. November bis zum 9. Dezember einen 14tägigen Streik anzukündigen. Einen wirklichen Streik um die dringendsten Forderungen der Studenten aber will der VDS überhaupt nicht. So heißt es in seinem Aufruf: „Das politisch entscheidende Ziel des Streiks ist die kontinuierliche Fortführung der verschiedenen Seminarinitiativen und Projekte des Streikprogramms..." Auch der Streik selbst soll ausgefüllt sein von einer „demokratischen Gegenhochschule". So sollen die Studenten davon abgelenkt werden, wirklich einen kämpferischen Streik zu organisieren, sollen sie sich stattdessen in der Illusion wiegen, im Kapitalismus eine Ausbildung im Dienst der arbeitenden Bevölkerung durchsetzen zu können. Besonders achten die Revisionisten darauf, daß ein Streik immer in legalen Bahnen bleibt, daß keine Räume besetzt werden, keine Streikposten aufgestellt werden usw. Sie blasen im Grunde, wenn auch etwas geschickter, in das gleiche Horn wie die Vertreter des Staatsapparates. So der Rektor der Universität Stuttgart an „seine" Studenten: „Nur innerhalb der so gesetzten Spielregeln kann Freiheit bestehen. Daran sollten auch und gerade Studenten denken."

Der Rektor kann sich darauf verlassen, daß die Revisionisten alles tun werden, damit die Studenten diese Spielregeln einhalten. Der KSB/ML allerdings wird das Gegenteil tun. Er unterstützt die Kämpfe der Studenten und tritt dafür ein, daß der Kampf unversöhnlich gegen den kapitalistischen Staat geführt wird. Überall da, wo eine Bewegung unter den Studenten für den Streik vorhanden ist, und sei es auch nur an einem Fachbereich, wird der KSB/ML den Kampf unterstützen und darum kämpfen, daß den Revisionisten und Reformisten die Führung im Kampf entrissen wird, denn sonst kann er nicht erfolgreich sein. Schon zu Anfang des Semesters hat der KSB/ML überall an den Universitäten die Demonstrationen und Streiks unterstützt, sehr viele Flugblätter herausgebracht und sich dabei auch bemüht, viele Studenten davon zu überzeugen, daß nur der Kampf an der Seite der Arbeiterklasse, der Kampf für den Sozialismus ihnen eine wirkliche Perspektive bietet.

Francis de Blois muss freigelassen werden!

Wenn dieser „Rote Morgen" erscheint, wird der junge Kommunist Francis de Blois bereits zwei Wochen in Haft sein. Eingesperrt in dem berüchtigten Gefängnis Stammheim auf den bloßen Verdacht hin, vor einem halben Jahr (!) in der Mensa der Uni Tübingen ein Flugblatt verteilt zu haben.

Francis ist amerikanischer Staatsbürger, lebt aber bereits seit 10 Jahren in der Bundesrepublik, hat hier studiert, arbeitet hier als Sprachlehrer bei IBM und kämpft hier, mit dem KSB/ML, mit der KPD/ML, für die Interessen der deutschen Werktätigen, für den Sieg der Revolution in Deutschland. Das Flugblatt, das er angeblich im Sommer verteilt haben soll, war ein Flugblatt des KSB/ML.

Zweimal hat das Gericht bisher bereits die Haftentlassung von Francis abgelehnt. Begründung: Fluchtgefahr. Fluchtgefahr? Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Francis will nicht fliehen, die westdeutsche Bourgeoisie will ihn loswerden, abschieben nach Amerika. Das muß verhindert werden!

Die Empörung vor allem unter den Tübinger Jugendlichen über diesen Terror gegen Francis ist groß. Denn er ist vielen aus seiner Zeit als AStA-Auslandsreferent bekannt, als einer, der sich unermüdlich für die Interessen der anderen eingesetzt hat. Bereits am 14. 11. verabschiedete die Vollversammlung der Tübinger Uni eine Protestresolution. Auch der „Dorfrat" des Studentenwohnheims, in dem Francis wohnt, protestierte. Zahlreiche Unterschriften wurden gesammelt. Allein an einem Tag erschienen bei dem zuständigen Richter 20 Mann, die eine Besuchserlaubnis verlangten und dagegen protestierten, daß der Richter bisher nur einen einzigen Besuch bei Francis erlaubt hatte. Am 18. 11. versammelten sich in Tübingen 80-90 Menschen auf einer Veranstaltung der Partei und bekräftigten ihre Entschlossenheit, für die Freilassung von Francis zu kämpfen. Aber auch außerhalb von Tübingen wird der Kampf geführt. Genossen des KSB/ML informieren überall die Studenten, ein Flugblatt der Roten Garde ruft in der gesamten Bundesrepublik und in Westberlin zur Solidarität mit Francis auf.

Die Adresse des für die Verhaftung des Genossen Francis zuständigen Richters ist: **Richter Stein, Amtsgericht Tübingen, Tel.: 07071 / 281, 7400 Tübingen.**

Grüße für Francis sind zu richten an: **Francis de Blois, JVA Stammheim, 7261 Stammheim.**

Resolution der Tübinger Studenten

Die einstimmig angenommene Resolution der Tübinger Studenten lautet:

„Die studentische Vollversammlung vom 14. 11. protestiert gegen die willkürliche Verhaftung von Francis de Blois.

Francis de Blois wurde am Freitag letzter Woche verhaftet. Seither sitzt er in Stammheim auf den bloßen Verdacht hin, in der Mensa ein Flugblatt des KSB/ML mit angeblich kriminellem Inhalt verteilt zu haben. Unter dem Vorwand, daß Francis keine Aufenthaltsgenehmigung habe, wird er in Schutzhaft gehalten. Im Haftbefehl heißt es, es bestünde Fluchtgefahr, weil er in der BRD keine sozialen Bindungen habe. Tatsache ist, daß Francis seit 10 Jahren hier lebt, arbeitet, studiert. Viele kennen ihn aus seiner Zeit als AStA-Auslandsreferent. Auch später hat er sich besonders um die sozialen Belange der ausländischen Komilitonen gekümmert.

Wegen Flugblattverteilen in Haft — das ist ein Angriff auf alle fortschrittlichen ausländischen und deutschen Komilitonen. Das bedeutet Kriminalisierung der politischen Betätigung an der Uni. Besonders die Ausländergesetze sind für die Herren dieses Staates ein Mittel, alle ausländischen Studenten und Arbeiter einzuschüchtern. Wir werden die Verhaftung von Francis nicht hinnehmen.

Wir fordern die sofortige Freilassung von Francis und die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung.

Wir fordern die sofortige Einstellung des Verfahrens!

Schluß mit der Kriminalisierung revolutionärer Propaganda!

Weg mit den reaktionären Ausländergesetzen!

Für die freie politische Betätigung für Deutsche und Ausländer!"

Freiheit für Claus Croissant!

Fortsetzung von Seite 1

Sie sind seit der Schleyer-Entführung einem Terror, einer systematischen Zerstörung ihrer Gesundheit ausgeliefert, an der auch die offizielle Aufhebung der Kontaktsperre nichts geändert hat. Nach wie vor sind die politischen Gefangenen in Einzelzellen vollständig isoliert: kein gemeinsamer Hofgang, kein Umschluß, keine sonstigen Kontakte mit anderen Gefangenen. Und dann die Kontrollen. In Hamburg z. B. alle fünf Minuten Sichtkontrolle, Tag und Nacht. Und Tag und Nacht brennt das Licht in den Zellen. Es ist wie in Santiago de Chile oder Sao Paulo, wo so etwas Bestandteil der Folter an politischen Gefangenen ist.

Über die Haftbedingungen für Klaus Jünschke berichtet sein Anwalt: „Seit dem 18. 10 nachts Weckterror, mehrmals in der Nacht Licht an, Türen aufgeschlossen, Betreten der Zelle, um nachzuprüfen, ob Mandant noch lebt. Begründung: Gefahr des Selbstmords." So versuchen sie es jetzt hinzudrehen. Sie **benutzen schamlos das Massaker von Stammheim, um es jetzt als Waffe gegen die noch lebenden politischen Gefangenen zu kehren, als eine Waffe, die schon die ersten beabsichtigten Ergebnisse wie z. B. schwere Kreislaufstörungen gebracht hat.**

Gegen diese Isolationshaft, die wie ihr Pflichtverteidiger Funke erklärte, „Tote produziert", war die politische Gefangene Verena Becker in einen Hunger- und Durststreik getreten, dem sich auch andere Gefangene angeschlossen hatten. Über Verena Becker und jetzt auch Claus Croissant ist die Drohung ausgesprochen worden: „akute Selbstmordgefahr." Eine Drohung, die heute schon wie ein Todesurteil klingt. Wieder ein toter Körper am Fensterkreuz? Wieder ein aufgesetzter Genickschuß? Das darf nicht geschehen! Dem Kampf der politischen Gefangenen gegen die mörderische Isolationshaft und gegen die „Selbstmordgefahr", die nicht von ihnen ausgeht, gehört unsere uneingeschränkte Unterstützung. Weg mit der Isolationshaft und dem Kontrollsystem! Verhindern wir neue „Selbstmorde" in den politischen Trakts der Gefängnisse!

Erfolg im Prozess gegen Peter Schulte

Wie berichtet, stand in den letzten Wochen Genosse Peter Schulte — früher presserechtlich Verantwortlicher für Betriebszeitungen und Flugblätter der Partei — in 2. Instanz vor Gericht. In der 1. Instanz war er wegen neun Flugblättern und Artikeln zu zehn Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden. Die Berufungsinstanz nahm das Gefängnisurteil zurück und verhängte eine Geldstrafe von 4.200 DM.

Die Partei hatte vor dem Prozeß mit einem Flugblatt die Bevölkerung zur Solidarität aufgerufen. Der Zuschauerraum war an jedem Prozeßtag von Freunden und Genossen gefüllt. Daran änderten auch die Abschreckungsmaßnahmen der Klassenjustiz nichts.

An jedem Prozeßtag gab es an beiden Zugängen zum Landgericht Polizeikontrollen und Taschendurchsuchungen. Peters Antrag, diese Bedrohung der Öffentlichkeit abzustellen, wurde vom Gericht abgelehnt. Auf Peters Erwiderung, die Bevölkerung werde auch trotz dieser Maßnahmen von diesem Prozeß erfahren, antwortete der Vorsitzende zynisch: „Wenn Sie dabei im Rahmen der Gesetze bleiben, gerne." (Der Genosse stand u. a. wegen drei Flugblättern, die über Prozesse gegen die Partei berichteten, vor Gericht.)

Peter entlarvte in seiner Rede zur Sache das Urteil aus erster Instanz, in dem es u. a. hieß: Natürlich hätten die Lehren von Marx und Engels zu ihrer Zeit Bedeutung gehabt. Wer jedoch diese Begriffe auf die „ganz andersartigen Verhältnisse in diesem Jahrhundert" anwende, Bezeichnungen wie „kapitalistische Ausbeuterordnung" für die sogenannte „freiheitlich-demokratische Grundordnung" gebrauche, der handele bewußt böswillig und verunglimpfe die Bundesrepublik. Damit wurde — ähnlich dem KPD-Verbotsurteil praktisch jegliche Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik unter Strafe gestellt.

Dieses Urteil bedeutet nicht nur einen schweren Angriff auf den Marxismus-Leninismus. Hiermit sollte auch jegliche grundsätzliche Opposition gegen die Herrschaft der Kapitalistenklasse, jede revolutionäre Kritik mundtot gemacht werden. So war der Genosse u. a. auch wegen Beleidigung des DGB und der Bergbau AG Dortmund angeklagt: In Flugblättern der Partei waren die Führer des DGB-Apparates als Betrüger und Ausbeuter bezeichnet worden und war die Schuld des mörderischen kapitalistischen Profitsystems an dem Tod eines Kumpels auf der Schachtanlage Gneisenau nachgewiesen worden.

Eine Verurteilung des Genossen stand auch in diesem Prozeß von vornherein fest. So bestand dann auch die „Wahrheitsfindung" des Gerichts allein darin, das Urteil aus 1. Instanz und die neun Artikel zu verlesen und sämtliche Beweisanträge als „offensichtlich unerheblich" zurückzuweisen. Zur Diskussion stand allenfalls: Ist der Angeklagte für die Flugblätter verantwortlich und hat er sie verbreitet. Aber auch hier war für das Gericht die Sache klar: Verbreitungszeugen waren nicht notwendig. Zum Beweis der Verbreitung genügte, „daß die Flugblätter der Polizei zugeführt, überbracht, von Unbekannten gegeben wurden".

Zudem war auch von vornherein für die entsprechende „Unabhängigkeit" des Gerichts gesorgt: Als Schöffe fungierte ein Norbert Gurske, ehemals Vorsitzender der CDU-Studentenorganisation in Dortmund, der schon 1974 CDU-Flugblätter zum Tod des Genossen Günter Routhier herausgab, in denen die KPD/ML einer „Hetzkampagne gegen die Duisburger Polizei" beschuldigt wurde. Von der Entlarvung dieses Schöffen durch den Genossen Peter zeigte sich das Gericht sichtlich getroffen. Peter zeigte anhand dieses Prozeßverlaufes, daß die prozessualen Prozeduren nur noch reine Formsache sind. Von hier bis zur Einweisung von Kommunisten in die Gefängnisse auf dem Verwaltungsweg ist es nur ein Schritt. Bekanntlich überlegt man sich ja in Bonn schon, in politischen Prozessen in Zukunft jegliche „Fisimatenten" sprich: Beweisanträge abzuschaffen, um schneller zur Sache, sprich, zur Verurteilung, kommen zu können.

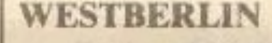
Der Staatsanwalt kam dann auch schnell zur Sache. Für sein Plädoyer brauchte er nur gut fünf Minuten, um die Strafbarkeit der Aussagen der Partei als „offenkundig" bzw. „entsprechend der feststehenden Rechtsordnung" festzustellen und „10 Monate Gefängnis ohne Bewährung" gegen den Genossen zu verlangen, weil er „keine Reue und Einsicht"zeige. Dem Gericht war das offensichtlich zu deutlich. Statt zehn Monaten Gefängnis ohne Bewährung wurden 4.200 DM Geldstrafe verhängt, und die Anklage wegen der Bezeichnung des Bonner Staates als „Ausbeuterstaat" verworfen.

Die bürgerliche Klassenjustiz wird sich kaum mit diesem Urteil zufrieden geben. Der Staatsanwaltschaft bleibt die Möglichkeit der Revision. Der Kampf für die Freiheit der kommunistischen Agitation und Propaganda muß weitergehen.

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

MÜNCHEN

Vor kurzem verurteilte ein Münchner Gericht einen Angeklagten zu 1.350 DM Geldstrafe, weil er den Tod von Holger Meins als „Mord" bezeichnet hatte. Das Gericht zur Begründung des Strafmaßes: „Bei der Strafzumessung mußte berücksichtigt werden, daß der Angeklagte nach seiner eigenen Aussage zum Tatzeitpunkt Studienunterstützung aus Staatsmitteln erhielt. Wer einesteils sich vom Staat unterstützen läßt, um sein Berufsziel zu verwirklichen, kann nicht mit der anderen Hand Flugblätter verteilen, die diesen Staat und seine tragenden Organe in dieser Weise verächtlich machen, ohne daß hierfür eine massive Ahndung ausgesprochen wird."



WESTBERLIN

Ende Oktober wurde Rechtsanwalt Ehring in zweiter Instanz wegen „übler Nachrede" zu einer Geldstrafe von 900 DM verurteilt, weil er im Prozeß gegen den presserechtlich Verantwortlichen der GRF, Chr. Heinrich und S. Gummel, dem Staatsanwalt „offene Zeugenpräparierung" vorgeworfen hatte. Tatsache war: Der Staatsanwalt hatte zwei Polizeizeugen zu sich gebeten, einem der beiden eine halbe Stunde vor der Vernehmung eine Flugblattmappe zur „Gedächtnisstütze" gegeben, dem anderen Zeugen in seinem Dienstzimmer diejenigen Flugblätter gezeigt, die er wiedererkennen sollte.

BIELEFELD

Inzwischen können selbst Richter vor der Klassenjustiz nicht mehr sicher sein. Weil der Bielefelder Familienrichter Ostermeyer in einem Artikel der Studentenzeitung „Der Paragraphenreiter" das Recht der Bevölkerung sich mit Gewalt gegen den Bau von Atomkraftwerken zu wehren, ableitete aus dem Recht auf den gewaltsamen Widerstand gegen Hitler, wurde ihm nicht nur seine Stelle als Lehrbeauftragter an der Bielefelder Universität gekündigt. Auch die Staatsanwaltschaft ermittelt jetzt gegen ihn — wegen Propagierung von Gewalt.

STUTTGART

Zu vier Monaten Gefängnis auf drei Jahre zur Bewährung, 1.000 DM Geldstrafe und Veröffentlichung des Urteils in allen Landeshauptstädten wurden zwei Stuttgarter Genossen verurteilt wegen Verunglimpfung der Bundesrepublik und Beleidigung verschiedener Polizei- und Justizbehörden. Sie sollen den RM 46/74 mit dem Leitartikel zum Tod von Holger Meins verkauft haben.

Der Stuttgarter Buchladen „Roter Morgen" und die Wohnung der Genossen im gleichen Haus waren 1974 drei Stunden lang nach dem betreffenden „Roten Morgen" und nach einer Betriebszeitung der Partei durchsucht worden. Die Polizei fand kein einziges Exemplar des „Roten Morgen". Die Genossen waren weder Betreiber des Ladens noch dort angestellt. Bei der Durchsuchung soll jedoch einer von ihnen gesagt haben: „Die sind alle weg, davon hätten wir noch viel mehr verkaufen können" oder so ähnlich. So behaupten zumindest die Polizeizeugen. Allein mit dieser angeblichen Äußerung begründet jetzt das Klassengericht die brutale Verurteilung, denn alle anderen „Beweisversuche" des Gerichts erlitten völlig Schiffbruch. So hatte die Polizei einen Zeugen aufgefahren, der behauptete, er wisse „aus nachrichtendienstlichen Quellen", daß die Genossen in Wirklichkeit den Buchladen betrieben hätten. Diese Behauptung war jedoch so offenkundig eine Lüge, daß das Gericht nicht mehr versuchte, sich darauf zu stützen. Also mußte allein die angebliche Äußerung herhalten.

Das unbändige Interesse des Richters an der Aburteilung der Genossen zeigt besonders der Schluß der Hauptverhandlung: Der Richter hatte die Hauptverhandlung abgeschlossen, ohne ein gültiges Urteil verkündet zu haben und damit einen eindeutigen Revisionsgrund geschaffen. Als er dies merkte, trat er die Flucht nach vorne an: Er eröffnete einfach die Hauptverhandlung wieder, setzte einen neuen Termin zur Urteilsverkündung an, nachdem die Genossen bereits Rechtsmittel eingelegt hatten, und verkündete das Urteil erneut, ohne die Genossen überhaupt ordnungsgemäß geladen zu haben. Anstelle der angeklagten Genossen und des Verteidigers waren jetzt aber mehrere Redakteure von Zeitungen und vom Rundfunk anwesend, die dafür sorgten, daß das Urteil des Amtsrichters Hausel — wenn es schon nicht gültig ist — wenigstens in zwei Stuttgarter und der „Süddeutschen Zeitung" z. T. ausführlich besprochen und in den Nachrichten gesendet wurde.

Prozeß gegen Dieter Stoll

Infame Anklage

Ehemaliger Redakteur des „Roten Morgen" wegen Morddrohung gegen einen Staatsanwalt verurteilt." — Das möchte die Klassenjustiz gerne in ihren Akten vermerken. Das wäre ein gefundenes Fressen für die Schreiblinge der bürgerlichen Presse, wäre für sie ein lange — und vergeblich — gesuchter „Beweis", um die KPD/ML und ihr Zentralorgan, den „Roten Morgen", in die „Terroristenecke", in die Kriminellenecke zu drängen. Denn wer würde, wäre ein solches Urteil erst einmal gefällt, noch danach fragen, wie die Tatsachen aussehen? Diese Frontberichterstatter im Kampf gegen den Kommunismus jedenfalls nicht.

Um der Hetze gegen die KPD/ML diesen ersehnten Zündstoff zu liefern, hat sich ein Staatsanwalt persönlich bemüht. Sieben (!) Monate nach dem letzten Prozeß gegen den „Roten Morgen" im November '76 hatte er eine Anklageschrift zusammengebastelt, in der dem damals angeklagten Genossen Dieter Stoll vorgeworfen wird, „einen anderen mit der Begehung eines gegen ihn gerichteten Verbrechens bedroht zu haben." Dieser „andere" ist Staatsanwalt Höhn, der gleiche, der auch die Ermittlungen gegen Dieter Stoll in die Wege leitete und im Prozeß als Hauptzeuge fungieren wird. Das „gegen ihn gerichtete Verbrechen" liest sich in der Anklageschrift folgendermaßen: „. . . rief der Angeschuldigte laut dem Oberstaatsanwalt Höhn, der als Vertreter der Staatsanwaltschaft an der Hauptverhandlung teilnahm, zu: ‚Wir rechnen mit dir ab, wir rechnen mit dir ab, das geht ganz schön schnell, sogar bevor wir an die Macht kommen und auch ganz individuell, Herr Staatsanwalt.' " Und da diese Verdrehung einer Äußerung des Genossen dem Staatsanwalt offenbar noch nicht schauerlich genug war, vermerkt die Anklageschrift weiter: „Anschließend machte er eine Bewegung wie ‚Kopf ab' oder ‚Aufhängen', indem er mit dem Daumen auf seinen Hals wies und diesen hin- und herbewegte. Dabei stieß er gleichzeitig nach den Worten ‚Wir werden Dich' ein Geräusch aus, daß sich etwa wie ‚Krrr' anhörte."

Man könnte über diese grausige Moritat mit einem Lachen hinweggehen — wenn man nicht aus Erfahrung wüßte, daß der Klassenjustiz kein Mittel zu dumm und kein Trick zu billig wäre, um nicht im Kampf gegen die Partei eingesetzt zu werden. So hat sich die Klassenjustiz in diesem Fall auch nicht dadurch beirren lassen, daß Dieter Stoll bereits im letzten November in einer auch veröffentlichten Gegendarstellung den Sachverhalt richtigstellte und erklärte: „Vielmehr habe ich bei der Festnahme des Genossen Schubert (im damaligen Prozeß — RM) meine Empörung über den Polizeieinsatz zum Ausdruck gebracht. Dazu habe ich gesagt, daß sich die Verantwortlichen im Sozialismus für ihre Handlungen zu verantworten haben, und zwar jeder individuell." Stattdessen hat man dafür gesorgt, daß in der Anklageschrift keine entlastenden Zeugen aufgelistet werden, hat man dafür gesorgt, daß die Hauptverhandlung in einer Situation der schlimmsten Terroristenhysterie und Kommunistenhetze stattfindet.

Die Absicht der Justiz ist offensichtlich. Ob ihre Rechnung aufgeht, ist allerdings eine andere Frage. Unterstützen wir den Genossen Dieter Stoll vor Gericht!

Prozeßtermin: 29. 11. 77, 9.00 Uhr, Amtsgericht Dortmund, Zi. 202

Bildbände



Dies ist nur ein Ausschnitt aus unserem reichhaltigen Angebot an revolutionären und fortschrittlichen Romanen, Erzählungen, Reportagen, Kurzgeschichten, Lyrik und Bühnenstücken. Es reicht von Werken des sozialistischen Realismus, proletarisch-revolutionärer Schriftsteller vor allem der 20er und 30er Jahre sowie revolutionär-demokratischer Schriftsteller zur Zeit der Anfänge der Arbeiterbewegung bis zu fortschrittlichen bürgerlichen Schriftstellern und fortschrittlichen Werken der deutschen Klassiker wie Schillers „Räuber" oder „Wilhelm Tell" oder Goethes „Egmont" und „Götz von Berlichingen".

BÜCHER ZUM SCHENKEN UND LESEN



...und viele weitere Werke von Sowjetschriftstellern, darunter: • **Die Werke und Schriften Maxim Gorkis** • D. Furmanow: **Tschapajew**, DM 8,40 • A. Fadejew: **Die junge Garde**, 2 Bd., DM 16,50 • **A. Serafimowitsch: Ausgewählte Werke**, 2 Bd., DM 9,80 • Gedichte und Stücke • Schriften von **S. Makarenko** und **N. Krupskaja** über kommunistische Erziehung • **Kalinin:** Über Kunst und Literatur, DM 5,00

...und viele weitere proletarisch-revolutionäre Romane, Erzählungen, Reportagen und Kurzgeschichten aus den 20er und 30er Jahren von • **W. Bredel** • **K. Grünberg** • **K. Kläber** • **B. Lask** • **H. Lorbeer** • **H. Marchwitza** • **J. Petersen** • **L. Renn** • **A. Scharrer** • **E. Weinert** • **F. C. Weißkopf** • **A. Wedding** und anderen. • **E. E. Kisch:** Der rasende Reporter. Hetzjagd durch die Zeit. DM 15,00 • Stücke und Schriften von **Bertold Brecht**

Jugendbücher

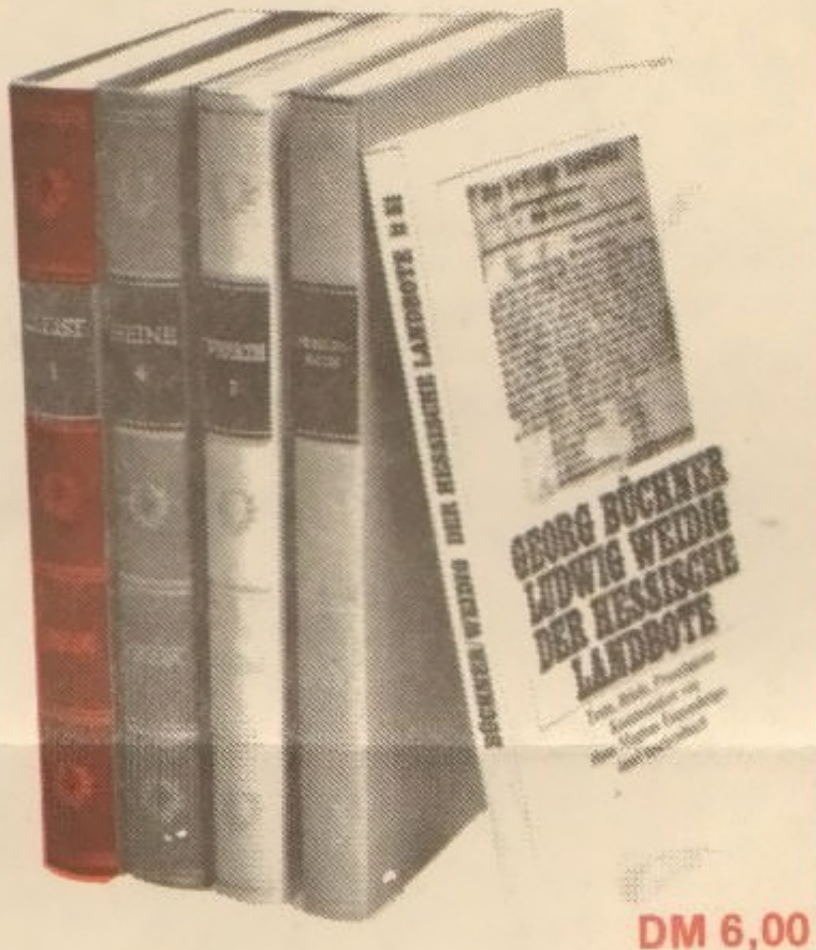
Raffaello Giovagnoli **Spartacus** Feldherr der Sklaven — DM 5,80

Walter Püschel **Die Rebellin vom Orinoko** — DM 4,80

Willi Bredel **Die Vitalienbrüder** Ein Störtebeker-Roman — DM 4,80

Valentin Katajew **Es blinkt ein einsam Segel** — DM 5,80

...und viele weitere Jugendbücher, darunter: • Arkadi Gaidar: **Russische Kindheit**, DM 11,80 • A. Wedding: **Die Abenteuer des Kaspar Schmeck**, DM 4,80 • Geoffrey Trease: **Robin Hoods großer Plan**, DM 6,80



DM 2,20

DM 6,00

...und weitere **Werke von Friedrich Wolf:** • Gedichte und Erzählungen 1911-1913, 2 Bände, DM 9,80 • Dramen in 6 Bänden, DM 30,00

...und weitere Werke revolutionär-demokratischer Schriftsteller des 19. Jahrhunderts: • **Ludwig Börne** • **Ferdinand Freiligrath** • **Georg Büchner** • **Heinrich Heine** • **Georg Herwegh** • **Georg Weerth**

Sammelband zum günstigen Preis!

Franz-Carl Weißkopf: Gesammelte Werke in 8 Bänden. Leinen, gebunden, mit Cassette, nur DM 38,00

Band 1-4 enthält die Roman-Trilogie „Abschied vom Frieden" (1950), „Inmitten des Stroms" (1951) und „Welt in Wehen", die Romane „Das Slawenlied" (1931), „Vor einem neuen Tag" (1942), „Lissy" (1937), „Himmelfahrtskommando" (1944/45); Band 5: Gedichte und Nachdichtungen; Band 6: Anekdoten und Erzählungen; Band 7: Reportagen; Band 8: Über Literatur und Sprache.

F.-C. Weißkopf wurde 1900 in Prag geboren. 1921 Mitbegründer der KP der Tschechoslowakei. 1928 Übersiedelung nach Berlin. Mitglied des Bundes Proletarisch-revolutionärer Schriftsteller. 1933 Rückkehr nach Prag. Chefredakteur der emigrierten AIZ. Emigration aus der von Faschisten besetzten Tschechoslowakei nach Paris, dann zehn Jahre Aufenthalt in den USA. Nach dem Krieg als Botschafter für die tschechische Volksregierung tätig, unter anderem in China. 1953 Übersiedelung in die DDR, wo er 1955 stirbt.

Aus dem weiteren Vertriebsprogramm des GEWISO-Buchvertriebs:

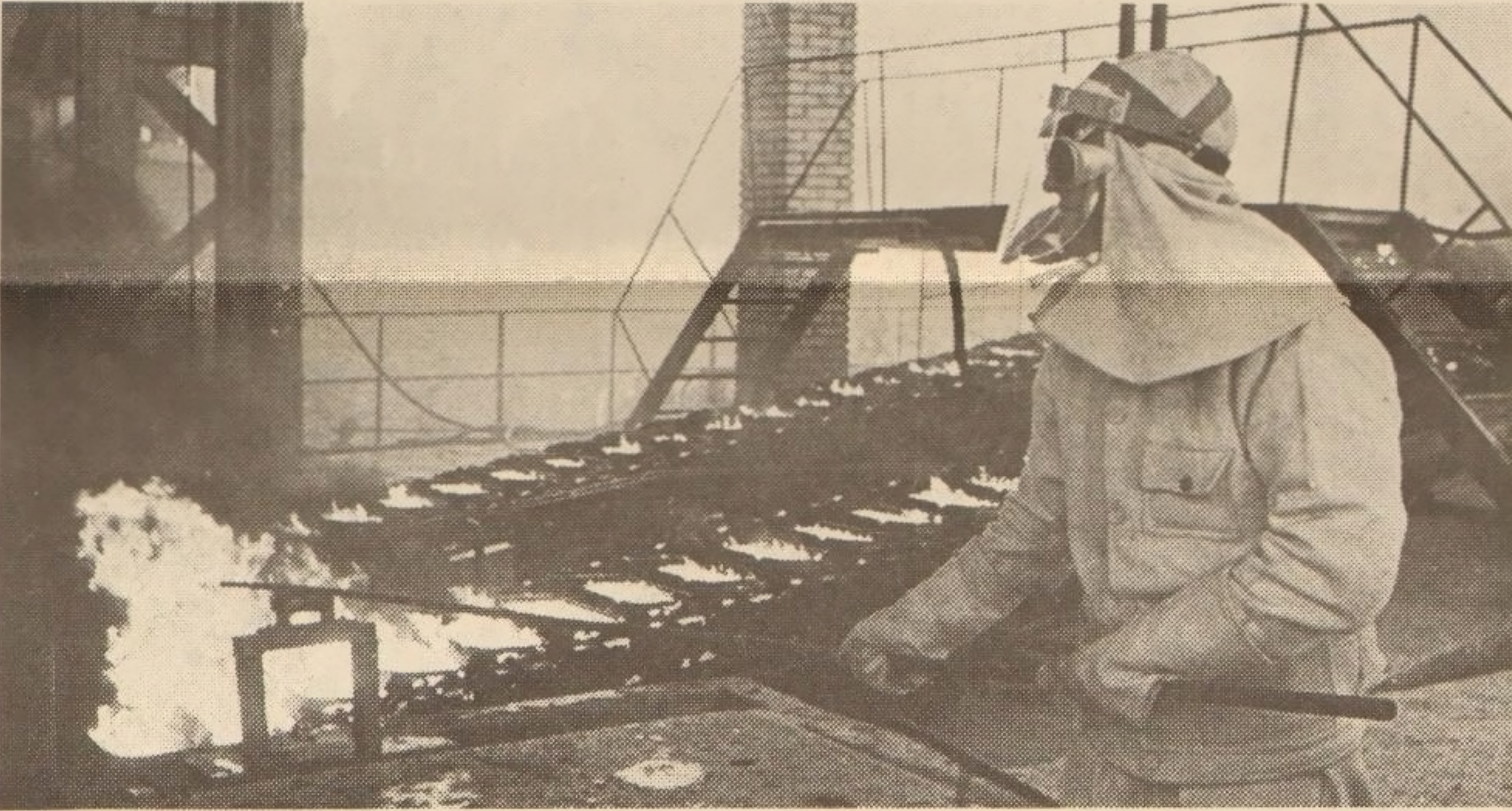
- **Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus: Gesamt- und Einzelausgaben der Schriften von Marx, Engels, Lenin und Stalin**
- **Ausgewählte Werke, wichtige Reden und Schriften Enver Hoxhas**
- **Werke und Einzelschriften Mao Tsetungs**
- **Bücher und Zeitschriften aus der Sozialistischen Volksrepublik Albanien**
- **Dokumente und Schriften der KPD/ML**
- **Schriften der Roten Hilfe Deutschlands**
- **Dokumente der kommunistischen und Arbeiterbewegung**
- **Dokumente der marxistisch-leninistischen Weltbewegung heute**
- **Ausländische revolutionäre Zeitungen**
- **Veröffentlichungen der Gesellschaft der Freunde Albaniens**
- **Kunstgewerbe aus China** (Scherenschnitte, Plakate, Bilder etc.)
- **Auslieferung des Verlages „nouveau bureau d'édition", Paris und von Titeln des Verlages „Red Star Press Ltd.", London**
- **Viele Titel in Fremdsprachen**
- **Bildbände**
- **Liederbücher**
- **Schallplatten**

Zur genaueren Information schicken wir Ihnen gerne:
• Gesamtkatalog des GEWISO-Buchvertriebs
• Sonderkataloge über das Verlagsprogramm des Verlages Roter Morgen, des Rotfront-Verlages • Kataloge über Bücher aus Albanien • Probeexemplare von albanischen Zeitschriften

GEWISO-Buchvertrieb, 2000 Hamburg 50, Postfach 50 05 68, Tel.: 040 / 390 29 59

Streiflichter aus dem sozialistischen Albanien

Belgrad liegt hinter uns — eine schmutzige, graue Stadt, mit allen Krankheiten des Kapitalismus, in der schon die Leuchtreklamen von Philipps, Coca Cola und IBM verkünden, wer hier das Heft in der Hand hält. Wir sind froh, als wir endlich im Flugzeug sitzen. In einer Stunde werden wir in Tirana sein, der Hauptstadt der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, dem einzigen sozialistischen Land in Europa. Drei Wochen haben wir in Albanien verbracht. Es ist unmöglich, in einem kurzen Artikel alles zu beschreiben, was wir auf unseren Fahrten kreuz und quer durch das Land alles gesehen und gehört haben. Wir müssen uns auf Streiflichter beschränken...



Das Eisenhüttenkombinat in Elbasan, ein Markstein beim Aufbau des Sozialismus in Albanien. Foto: Einer der ersten Tage der Gußeisenproduktion.

Wir fahren nach Elbasan. Vor den Toren der Stadt liegt der gigantische Komplex des ersten albanischen Eisenhüttenkombinats. Mit seinen Hochöfen, Stahl- und Walzwerken ist es ein Markstein beim Aufbau des Sozialismus. „Es ist", wie Genosse Enver Hoxha sagte, „das Werk, in dem das Brot unserer Industrie erzeugt werden wird." Für Albanien ist eine eigene Stahlproduktion lebensnotwendig. Ohne sie fehlt die solide Basis für den unabhängigen Aufbau einer modernen Maschinenindustrie. Deshalb war der 1. Mai 1976, als in Elbasan das erste albanische Roheisen abgestochen wurde, ein Freudentag.

„Hier in Elbasan", erklärt uns der Direktor des Werkes, der uns gemeinsam mit dem Parteisekretär auf unserem Rundgang führt, „werden wir so viel Stahl herstellen, daß unser gesamter Bedarf gedeckt ist. Wir werden darüberhinaus sogar noch Stahl exportieren können." Man spürt den Stolz auf die vollbrachte Leistung.

Der Bau des Eisenhüttenkombinats von Elbasan war eine große Schlacht. Als die Delegierten des 4. Parteitags der PAA im Februar 1961 den Beschluß zu seiner Errichtung faßten, kannten sie die großen Schwierigkeiten und großen Probleme, die überwunden werden mußten, genau. Noch niemals zuvor hatte man ein solch großes Projekt in Angriff genommen. Es fehlte an Erfahrungen, wie man eine solche Sache anpackt und organisiert, es fehlte an Kenntnissen über die technologischen Prozesse und die besten Methoden für die Montage. Es gab, wie uns der Parteisekretär berichtete, Kleinmütige, die meinten, die Zeit für ein solches Hüttenwerk sei noch nicht reif. Die sowjetischen Revisionisten, die Albanien unterjochen wollten, sabotierten den Bau und zerrissen schließlich alle Verträge, in denen sie sich zur Hilfe verpflichtet hatten.

Aber, geführt von der Partei der Arbeit, machten sich die albanischen Arbeiter ans Werk. Albanien brauchte das Eisenhüttenkombinat und sie würden es bauen, mochten die Schwierigkeiten auch noch so groß sein.

Die albanischen Arbeiter wissen, daß sie den Sozialismus nur mit ihren eigenen Kräften aufbauen können. In Albanien winkten keine Prämien, und das Leben dort würde harte Arbeit bedeuten. Trotzdem kamen aus allen Teilen Albaniens Tausende von Arbeitern und Jugendlichen auf die riesige Baustelle, um in freiwilligen Aktionen zur raschen Vollendung des Werkes beizutragen. Sie wußten, es geht um ihre Zukunft. Und die Partei der Arbeit Albaniens schickte ihre Kandidaten nach Elbasan, damit sie sich hier, unter den schwersten Bedingungen, bewähren und stählen. Mit Recht kann man deshalb sagen, daß das Hüttenwerk von Elbasan die Frucht der kollektiven Anstrengungen der gesamten albanischen Arbeiterklasse ist.

Im Kampf wurden alle Schwierigkeiten überwunden und schließlich sogar Weltrekorde bei den Montagearbeiten aufgestellt. Wir stehen vor einem der großen Gasometer. „Dieser Gasometer", erklärt uns der Direktor, „wurde von albanischen Arbeitern in nur sieben Monaten gebaut. Am Anfang brauchten wir dazu 18 Monate. Am Anfang brauchten wir zwei Jahre, um 9.000 t Material zu verbauen. Heute schaffen wir das in einem halben Jahr." Um die Probleme des Baus des Hüttenkombinats zu lösen, haben die entsprechenden Abteilungen der Universität von Tirana ihre Arbeit auf Elbasan konzentriert. Um die Arbeiter zu Technikern und Spezialisten auszubilden, die die technologischen Prozesse der Stahlherstellung meistern können, wurde eine spezielle Schule eingerichtet.

Das Hüttenwerk von Elbasan wurde nicht für eine Handvoll kapitalistischer Ausbeuter gebaut. Hier gibt es keine Weißkittel und Meister, die dir im Nacken sitzen und dich ohne Rücksicht auf Verluste antreiben. Hier steht der Mensch, der Arbeiter, im Mittelpunkt.

In den Hallen und sogar auf der Tribüne des Hochofens herrscht peinliche Sauberkeit. Um die Hitze zu mildern, sind große Ventilatoren aufgestellt. „Für die Arbeitssicherheit", erzählt der Parteisekretär, „wird bei uns alles getan. Die besten Ingenieure arbeiten an Plätzen, die sich mit der Arbeitssicherheit und der Gesundheit befassen." Und er verweist auf einen Krankenstand von nur 2,2%. In manchen Abteilungen, darunter z. B. auch in der Kokerei, wo die Arbeit schwer und gefährlich ist, ist der Krankenstand sogar noch niedriger und liegt bei 1,5%. Unvorstellbar, daß es so etwas bei uns geben könnte.

Unvorstellbar auch, daß der Staat bei uns die Miete der Arbeiter trägt. In Albanien ist das anders. Dort sorgt der Staat für die Bezahlung der Unterkünfte der alleinstehenden Arbeiter, die auf dem Hüttenkombinat arbeiten. Er schießt außerdem noch 70% der Kosten für ihre Verpflegung zu.

Wer einmal bei uns erlebt hat, wie die Arbeiter auf Großbaustellen in Baracken unter den unwürdigsten Verhältnissen zusammengepfercht werden, und wie ihnen dafür auch noch von den Kapitalisten ein Teil ihres Lohns abgenommen wird, der wird den Unterschied zum sozialistischen Albanien nicht vergessen.

Hier ist der Arbeiter kein Stück Arbeitskraft, das ausgepreßt und weggeworfen wird, wenn es verbraucht ist. Hier ist der Mensch das „teuerste Kapital". Deshalb sorgt die Partei der Arbeit Albaniens auch für die politische und kulturelle Erziehung der Arbeiter des Hüttenwerks. Sie können sich an Studienkreisen über den Marxismus-Leninismus beteiligen. Fach- und Abendschulen für die berufliche Qualifikation stehen ihnen offen. Und natürlich gibt es auch ein reichhaltiges kulturelles Freizeitangebot.

Mit dem Hüttenwerk in Elbasan hat sich die albanische Arbeiterklasse ein großartiges Denkmal gesetzt. Nicht die Größe dieses Hüttenkombinats ist entscheidend, sondern der Kampf für seine Vollendung. Dieser Kampf, für den es in der kapitalistischen und revisionistischen Welt nichts vergleichbares gibt, strahlt über die Grenzen Albaniens hinaus als ein Beispiel der Überlegenheit der sozialistischen neuen Welt über die alte kapitalistische Welt.

* * *

Zu Besuch in einer Molkerei in Shkodra. Auch hier werden wir am Tor vom Direktor des Betriebes empfangen. Was ist das für ein Mensch, der Direktor eines sozialistischen Betriebes? In Shkodra, wie überall in Albanien, fällt uns das herzliche Verhältnis zwischen den Direktoren und den Arbeitern auf. Und das ist auch kein Wunder. Schließlich wurden die Direktoren von den Arbeitern selbst auf ihren verantwortungsvollen Posten gestellt, um mit ihrer ganzen Kraft für den Aufbau des Sozialismus, für das Wohlergehen des Volkes zu arbeiten. Es gibt in Albanien keinen einzigen leitenden Posten im Betrieb, der besetzt würde, ohne die Arbeiter um ihre Meinung über die Kandidaten zu befragen. In der neuen Verfassung wurde außerdem festgelegt, daß jeder Angestellte dem Volk zu dienen hat, ihm regelmäßig rechenschaftspflichtig ist und an der Arbeit direkt in der Produktion teilnehmen muß. Das gilt auch für die Betriebsdirektoren und steht natürlich in völligem Gegensatz zu den Verhältnissen wie sie hier bei uns, wo die kapitalistische Ausbeuterordnung existiert, herrschen.

„Ich habe nicht das Recht", erzählt uns der Direktor der Molkerei von Shkodra, „Arbeiter zu entlassen. Würde ich das tun, dann wäre morgen ein anderer an meiner Stelle. Ich habe auch nicht das Recht, einen Arbeiter zu Überstunden heranzuziehen und ihn womöglich noch dazu zu zwingen. Bei uns beträgt die Arbeitszeit acht Stunden täglich und für die Nachtschicht sieben Stunden, die aber wie acht bezahlt werden. Natürlich kommt es auch bei uns vor, daß Überstunden notwendig werden. Aber ihre Zahl darf 180 Stunden im Jahr nicht überschreiten und man darf nur in seltenen Ausnahmefällen zu Überstunden greifen, wenn z. B. Epedemien oder sonstige Notstände auftreten oder wenn es um Aktionen geht, für die das ganze Volk mobilisiert wird. Auf jeden Fall aber kann nicht ich darüber entscheiden, sondern die Partei und die Gewerkschaftsorganisation."

Zu den Maßnahmen, die die Partei der Arbeit Albaniens ergriffen hat, damit sich die Kader immer enger mit den Massen verbinden, gehört auch das richtige Verhältnis zwischen den Löhnen der Arbeiter und der Kader. Schon immer war Albanien das Land mit den geringsten Lohnunterschieden überhaupt. Im vergangenen Jahr wurden nun die Löhne noch weiter aneinander angeglichen. Die hohen Löhne der Kader wurden um 4 bis 25% gekürzt. Heute ist das Verhältnis zwischen den niedrigsten und höchsten Löhnen in den Betrieben 1 : 1,6; im ganzen Land 1 : 2. Es kommt oft vor, daß ein qualifizierter Arbeiter mehr verdient als der Direktor des Betriebes.

Es liegt auf der Hand, daß eine solche Maßnahme weder bei uns noch in den revisionistischen Ländern ergriffen werden könnte und unvorstellbar ist, denn sie würde die Fundamente des Ausbeutersystems selbst angreifen. So etwas ist in Albanien möglich, weil alles, was getan wird, dazu dient, die sozialistische Revolution weiterzutreiben, denn mit ihr sind die Lebensinteressen der breiten Massen verbunden.

* * *

Im vergangenen Jahr wurde in Vlora eine neue PVC-Fabrik eingeweiht. Ihr angeschlossen ist ein Werk zur Produktion von kaustischer Soda. Rund 1.100 Arbeiter arbeiten hier, ca. 50% von ihnen haben die Mittelschule absolviert. Sie sind Techniker, die in der Produktion arbeiten. Auch hier ist der Mensch das teuerste Kapital. Der Umgang mit den giftigen Stoffen, die zur PVC-Produktion notwendig sind, erfordert strenge Sicherheitsmaßnahmen. In der Fabrik wurde deshalb ein besonderer Stab für den Arbeitsschutz gebildet und ein eigenes Laboratorium eingerichtet, das sich nur mit Fragen der Arbeitssicherheit beschäftigt.

Beim Rundgang durch das Werk werfen wir einen Blick in die Anlage zur Elektrolyse von Salzsäure. Dabei wird Chlor gewonnen, das äußerst giftig ist. Deshalb darf hier nur mit Gasmaske gearbeitet werden. Außerdem werden regelmäßig giftabbauende Stoffe wie Milch an die Arbeiter ausgegeben. Wer hier beschäftigt ist, arbeitet nur vier Stunden am Tag. Er darf sich keinesfalls länger als 15 Minuten ununterbrochen in der Halle aufhalten, spätestens dann ist eine Pause in der frischen Luft obligatorisch. Nach fünf Jahren wird man an einen anderen Arbeitsplatz versetzt.

Etwas abseits liegt das Hospital des Betriebes. Ein praktischer Arzt, ein Frauenarzt und ein Zahnarzt arbeiten hier. Für schwerere Krankheitsfälle stehen auf dem Betriebsgelände zwei Krankenwagen zum Transport in das nächste größere Krankenhaus bereit. Ein Facharzt für Vergiftungen wird demnächst mit der Arbeit beginnen. So wie hier in Vlora wird in allen albanischen Betrieben für die Gesundheit und die Sicherheit der Arbeiter und Arbeiterinnen gesorgt.

* * *

In den letzten Tagen unseres Aufenthalts in Albanien fahren wir nach Norden. Unser Ziel ist Thethi, ein Gebirgsdorf in der Nähe der jugoslawischen Grenze. Die Fahrt durch geht über einen schwindelerregenden Paß. Es ist kühl, als wir in Thethi ankommen und wir erfahren, daß hier sieben Monate im Jahr Winter ist. Früher war Thethi eine der rückständigsten und ärmsten Gegenden Albaniens. Ein alter Bauer, bei dem wir am nächsten Mittag zu Gast sind, erzählt uns von der bitteren Vergangenheit.

Die Menschen hausten hier früher in elenden Hütten ohne Fußboden und Decke, feste Häuser waren unbekannt. Der Hunger war ständiger Gast. Unumschränkt herrschten die Stammesfürsten und terrorisierten die Bevölkerung. Sie raubten und mordeten, stachelten die Blutrache an, damit sich die Armen selbst zerfleischen.

Aber das ist Vergangenheit. Heute hat Thethi ein völlig verwandeltes Aussehen. Der Sozialismus und die Kollektivierung der Landwirtschaft haben das Glück in dieses Gebirgsdorf gebracht.

Die Bauern wohnen in soliden, festen Häusern, die den Winterstürmen und der Kälte trotzen. Im Zentrum des Dorfes wurde eine achtklassige Schule gebaut, die Kirche, früher das einzige feste Haus, in ein kleines Hospital verwandelt. Sogar ein eigenes Kraftwerk gibt es, das den elektrischen Strom bis in die entlegensten Häuser bringt.

Der Boden ist unfruchtbar und steinig und man kann sich kaum vorstellen, daß hier etwas wächst. Aber jedes Fleckchen Erde ist mit Mais und Kartoffeln bebaut. In jedem Winter wird in mühsamer Arbeit Neuland gewonnen. In diesem Jahr gelang es den Bauern durch verbesserte Anbaumethoden und die Verwendung neuer Sorten, die Ernte zu verdoppeln.

Natürlich ist das Leben hier härter als in den fruchtbaren Ebenen und der Wohlstand nicht so groß wie dort. Aber die Partei der Arbeit Albaniens kämpft, um diese Unterschiede einzuebnen. Deshalb zahlt der Staat den Bauern hier mehr für ihre Erzeugnisse als in der Ebene und gibt den Stickstoffdünger billiger ab. Die Molkerei von Shkodra z. B. verkauft hier Milchpulver zu einem Preis unter den Herstellungskosten. Deshalb steigert der Staat seine Investitionen gerade in solchen Gegenden und bezahlt den LPGs die Kosten für die Gewinnung von Neuland, die Errichtung von Bewässerungsanlagen und die Anpflanzung von Bäumen.

„Die Partei", sagte Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der PAA, „betrachtet die Maßnahmen, die sie zur Entwicklung des Berglandes getroffen hat und treffen wird, nie vom Gesichtspunkt des Profits aus, wie es die Kapitalisten und Revisionisten tun. Das Ziel ihrer Politik war und ist, daß die Bauernschaft dieser Gegenden so gut wie möglich leben soll, daß das Bergland stets bevölkert wie das Flachland bleibt." In Thethi haben wir die Früchte dieser Politik gesehen.

* * *

Am 29. November feiert das albanische Volk den 33. Jahrestag seiner Befreiung und des Sieges der Volksrevolution. Es kann stolz sein auf den Weg, den es in dieser Zeit zurückgelegt hat. Es beweist durch seine Existenz, daß allein der Sozialismus den breiten werktätigen Massen ein glückliches Leben und eine sichere Zukunft schafft.

Aus aller Welt

SOMALIA

Seinen „Freundschaftsvertrag" mit Moskau hat das somalische Regime in der letzten Woche gekündigt. Dieser 1974 geschlossene Vertrag hatte mit Freundschaft nichts zu tun. Er war vielmehr ein Pakt, mit dem die somalische Regierung für umfangreiche Waffenlieferungen den Sozialimperialisten weitgehende Privilegien in Somalia verkauft hatte, zum Beispiel die Errichtung von Militärstützpunkten. Jetzt sind die mehrere tausend russischen und kubanischen Militärs zum sofortigen Verlassen des Landes aufgefordert worden.

Die Reaktion aus Moskau auf die Kündigung des Vertrags kam prompt. Die dramatische Verschlechterung der Beziehungen zu Somalia, so erzählten die Kreml-Herren, sei nur auf ihre konsequente Weigerung zurückzuführen, den „Bruderkrieg zwischen Somalia und Äthiopien anzuheizen". Man glaubt nicht richtig zu hören. Wer war es denn, der das somalische Regime bis an die Zähne aufgerüstet, es zur stärksten Militärmacht Ostafrikas gemacht hat, obwohl die Regierung in Mogadischu niemals ein Hehl daraus gemacht hat, daß sie die bestehenden Grenzen nicht anerkennt, daß sie die Errichtung eines Groß-Somalia anstrebt?

Und schließlich im benachbarten Äthiopien: Als hier die amerikanischen Imperialisten nach dem Sturz des Haile-Selassi-Regimes ihre Militärstützpunkte räumen mußten, war es wieder die russische Supermacht, die bereit stand, das neue Militärregime aufzurüsten. So stehen sich heute im Ogaden die somalischen und äthiopischen Truppen gegenüber, beide mit russischen Panzern, mit russischen Raketen, mit russischen Gewehren. Und da stellen sich die Breschnew und Co. hin als Friedensapostel, die sogar den Abbruch der Beziehungen zu Mogadischu in Kauf nehmen, nur um nicht den „Bruderkrieg anzuheizen!" Ihre Erklärungen sind genauso verlogen wie die angebliche „Besorgnis" der westlichen Imperialisten über den Krieg am Horn von Afrika.

Besorgt sind die Herren in Washington, Bonn und Paris allein darum, daß der russische Einfluß in Ostafrika anwachsen und ihre eigenen imperialistischen Positionen sich verschlechtern könnten. Deshalb haben sich auch schon seit längerem Verbindungen zu Mogadischu geknüpft, liefern sie, wie jetzt im Fall der Bundesrepublik bekannt wurde, direkt Waffen an Somalia oder benutzen die reaktionären arabischen Regime als Mittelsmänner, um mit indirekten Waffenlieferungen ihren Einfluß auf Somalia zu stärken. Und es war noch keine Woche seit der Kündigung des „Freundschaftsvertrages" mit Moskau vergangen, da landete schon die erste amerikanische Militärdelegation auf dem Flughafen von Mogadischu.

Gerade der bewaffnete Konflikt am Horn von Afrika zeigt, daß es die Imperialisten, vor allem die beiden Supermächte sind, die in ihrer Gier nach Profiten, in ihrem Ringen um Einflußsphären den „Bruderkrieg anheizen". Sie sind es, die solche Streitpunkte wie die vom alten Kolonialismus hinterlassene willkürliche Grenzziehung benutzen, um Widersprüche zwischen den Völkern zu erzeugen oder zu vertiefen. Sie treten auf hinter der Maske von „Vermittlern" und „Friedensmaklern", sie wedeln mit dem Palmzweig. Aber tatsächlich intrigieren und hetzen sie zum Krieg, gehen sie über Leichen, um ihre Kontrolle, ihre Herrschaft zu errichten.

USA

Zu Massenprotesten, die in ihrem Umfang an die großen Vietnam-Demonstrationen erinnerten, kam es in Washington. Anlaß war der Besuch des Schahs vom Iran, in der ganzen Welt als Henker an den iranischen Revolutionären verhaßt. Wie schon bei seinem Besuch in der Bundesrepublik vom Juni 1967, so organisierte auch in den USA der faschistische Herrscher selbst eine Bande von bewaffneten Provokateuren, die den Auftrag hatten, die Demonstrationen zu zerschlagen. Aus allen Teilen des Landes wurden auf Kosten der iranischen Regierung „Jubelperser" nach Washington gekarrt, die unter den Augen der amerikanischen Polizei und schließlich von ihr unterstützt, die Demonstranten überfielen und mit Schlagwerkzeugen auf sie einprügelten.

Wie berichtet wird, wurden ca. 100 Demonstranten schwer verletzt, 18 wurden verhaftet. Für die Härte des Widerstands gegen dieses gemeinsame Terrormanöver von iranischen Faschisten und der amerikanischen Polizei spricht die Tatsache, daß — nach offiziellen Angaben — 28 Polizisten verletzt wurden.

Der Zweck des Schah-Besuchs war ein politischer Kuhhandel mit Carter. Der Schah wird sich im Interesse der amerikanischen Ölmonopole bei der nächsten OPEC-Sitzung im Dezember für einen Stopp der Rohölpreise einsetzen. Dafür erwartet er die beschleunigte Lieferung von neuen Waffensystemen, darunter 140 F 16-Düsenjäger und 250 F 18-Jagdbomber. Schon heute ist das faschistische Schahregime, von den USA-Imperialisten bis an die Zähne aufgerüstet, die stärkste militärische Macht im Mittleren Osten.

Aus Teheran wurden in der letzten Woche Massendemonstrationen der Studenten gemeldet. Das zeigt, daß auch der faschistische Terror des Regimes den gerechten Kampf des Volkes nicht ersticken kann.

AZANIA (SÜDAFRIKA)

Wieder ist ein Kämpfer gegen das Rassistenregime in den Kerkern der Geheimpolizei ermordet worden. Es ist der 18jährige Student Sipho Malaza. Und wieder schrieben die faschistischen Behörden auf den Totenschein: „Selbstmord durch Erhängen". Der Mord an Malaza ist kein Einzelfall. 25 Menschen sind in der letzten Zeit von den Rassisten in den Kerkern kaltblütig hingemordet worden. Und immer haben die Henker versucht, ihr Verbrechen als „Selbstmord" oder „natürlichen Todesfall" zu tarnen.

Wie war es denn bei dem Mord an dem Studentenführer Biko, der in der ganzen Welt eine Welle der Empörung auslöste? Da hatte es auch geheißen: „Selbstmord durch Hungerstreik." Aber die Tatsachen kamen ans Licht. Biko wurde erschlagen. Und jetzt, wo ihre Geschichte nicht mehr zu halten ist, tischen die Mörder ein neues Märchen auf. Danach soll Biko bei einem Verhör Polizisten angefallen haben, dabei mit dem Hinterkopf gegen einen Aktenschrank gefallen sein und sich so eine tödliche Verletzung zugezogen haben. Aber wer soll diesen neuen zynischen Lügen der Henker glauben? Sie haben Biko, bevor sie ihn erschlugen, auf die grausamste Weise gefoltert. Der Gefangene lag nackt in seiner Zelle, mit Handschellen und Beineisen angekettet. Das Volk von Azania erhebt sich zu immer neuen Kämpfen gegen die Rassisten. Sie werden ihrem Schicksal nicht entgehen und für all ihre Verbrechen zahlen müssen.

Sadat in Israel

Kniefall vor den Zionisten

Zur gleichen Zeit als israelische Bomber ihre Terrorangriffe gegen den Südlibanon flogen, als israelische Geschütze und Kanonenboote libanesische Dörfer und palästinensische Flüchtlingslager in Schutt und Asche legten; zur gleichen Zeit, da die zionistischen Mörder das Leben von über 100 Menschen auslöschten, erklärte in Kairo der ägyptische Präsident Sadat seine Bereitschaft, nach Jerusalem zu gehen, als erster arabischer Politiker nach Jahrzehnten des Kriegszustands den Fuß auf den Boden der von den Zionisten besetzten Hauptstadt Palästinas zu setzen.

Diese Ankündigung, die blitzartig getroffenen Reisevorbereitungen, schließlich die Landung auf dem Ben Gurion-Flughafen, all das löste eine Welle des Massenprotestes aus, der die ganze arabische Welt erschütterte. Demonstrationen fanden in den Hauptstädten statt, allein im libyschen Tripolis waren es 100.000, die vor das ägyptische Verbindungsbüro zogen und es schließlich in Brand setzten. Im Libanon wird für den Sonnabend der Generalstreik ausgerufen, die ägyptische Botschaft belagert und teilweise zerstört. „Nieder mit dem Verräter Sadat", das ist die Parole der Demonstranten überall. Unter dieser Losung demonstrieren auch die Palästinenser im besetzten Jerusalem, während Sadat mit Begin und Dayan die Ehrenformation der zionistischen Mordtruppen abschreitet.

„Friedensmission" nennt der ägyptische Staatschef seinen Auftritt in Israel. Aber haben denn die arabischen Völker ihr Nein zu Friedensverhandlungen mit Israel deshalb gesprochen, weil sie kriegslüstern wären? Nein, sie haben diesen nun schon dreißig Jahre währenden Kriegszustand nicht geschaffen. Es waren die amerikanischen Imperialisten, die damals auf arabischem Territorium, auf dem Boden Palästinas den zionistischen Staat Israel errichteten. Und dieser Staat wurde mit Blut und reaktionärer Gewalt ins Leben gerufen. Die von den britischen und später den US-Imperialisten bewaffneten zionistischen Banden vertrieben mit brutalem Terror mehr als die Hälfte des palästinensischen Volkes aus seiner Heimat. Eines der grausamsten Massaker, das sie unter den Arabern anrichteten, war das von Deir Yassin. Während die Männer bei der Feldarbeit waren, überfiel die zionistische Terrorgruppe „Irgun" dieses Dorf und ermordete die zurückgebliebenen Frauen und Kinder, insgesamt über 400. Der Chef der faschistischen Irgun-Bande war niemand anderer als Menachem Begin, der heutige Staatspräsident Israels.

Die arabischen Völker haben diese und all die anderen Verbrechen der Zionisten nicht vergessen. Sie haben sich niemals mit der Besetzung Palästinas abgefunden. Seit nunmehr 13 Jahren führt das palästinensische Volk den bewaffneten Kampf zur Befreiung seiner Heimat, einen Kampf, der die breite Unterstützung der anderen arabischen Völker hat. Denn nur durch die revolutionäre Gewalt kann der zionistischen Besatzung ein Ende bereitet werden. Das Leben selbst hat gezeigt und zeigt es immer wieder, daß die Zionisten niemals freiwillig auch nur das kleinste Stück des geraubten Bodens herausrücken, daß sie im Gegenteil immer neue Aggressionen gegen die arabischen Völker begehen.

Der aggressive zionistische Staat, das ist der Kriegsbrandherd im Nahen Osten. Und so kann nur durch seine Zerschlagung ein wirklicher Frieden erkämpft werden. Aber gerade das wollen die Imperialisten, vor allem die beiden Supermächte, verhindern. Sie haben ein demagogisches Friedensgeschrei angestimmt, bereiten hektisch die sogenannte Genfer Friedenskonferenz vor, um die arabischen Regierungen und die palästinensische Befreiungsbewegung an den Verhandlungstisch zu ziehen.

Aber sie sind es doch selbst, die hinter den Aggressionen der Zionisten stehen. Aus Washington bekommen sie ihre Mordwaffen und Moskau schickt ihnen die Menschen, die diese Waffen gegen die Araber richten. Die Supermächte ermuntern die Zionisten zu ihren Aggressionen, sie brauchen die Schwächung der arabischen Länder, sie wollen die Vernichtung der revolutionären Bewegung der Palästinenser, um den Nahen Osten und seine Reichtümer unter ihre Kontrolle zu bringen.

Und ihre Friedensmanöver sind nichts anderes als der Versuch, die Araber endgültig zur Kapitulation zu zwingen. Sie sollen den zionistischen Staat anerkennen und vor ihm die Waffen strecken. Vor allem soll die palästinensische Befreiungsbewegung ihr gerechtes Ziel, die Heimat zu befreien, aufgeben und das Gewehr aus der Hand legen. Das steckt hinter den Manövern der Imperialisten, um dieses Ziel zu erreichen, haben ihre Diplomaten in den letzten Monaten ihre Reisetätigkeit im Nahen Osten verstärkt.

Und offenbar haben sie in Kairo Erfolg gehabt. Denn was ist der Besuch Sadats am Hofe Begins anderes als die endgültige Anerkennung Israels durch das ägyptische Regime? Schon seit längerem ist Sadat als Propagandist einer solchen Anerkennung aufgetreten, hat er versucht, auch die anderen arabischen Regierungen dafür zu gewinnen. Schon seit längerem hat er die Trommel für die amerikanischen „Friedenspläne" gerührt und, gegen die Beschlüsse der Arabischen Liga, der PLO das Recht auf Vertretung des palästinensischen Volkes bestritten.

Das ägyptische Regime hat die Interessen der arabischen Nation, die Interessen des ägyptischen und des palästinensischen Volkes für Dollars verkauft. Heute nimmt Ägypten auf der Empfängerliste amerikanischer Zahlungen neben Israel einen Spitzenplatz ein. Allein in diesem Haushaltsjahr sind es 912 Millionen Dollar, die nach Kairo fließen, mehr als nach dem übrigen Afrika und nach Lateinamerika zusammen. Darüber hinaus investieren die reaktionären Ölstaaten des Persischen Golfs, die unter amerikanischer Kontrolle stehen, Milliardenbeträge in Ägypten, in diesem Jahr allein ein bis zwei Milliarden Dollar. Und nicht nur amerikanisches Kapital, auch amerikanische Waffen gehen in immer größerem Umfang an Ägypten. Sogar die russischen Migs der Luftwaffe werden von amerikanischen Spezialisten repariert.

Natürlich ist diese „Hilfe" der USA-Imperialisten nicht selbstlos. Sie hat einen Preis, und der ist eben, wie die Diplomaten Washingtons es ausdrücken, eine „gemäßigte Politik" des Sadat-Regimes, was im Klartext heißt: ungehinderter Zugang für die US-Monopole und bedingungslose Unterstützung der amerikanischen „Friedenspolitik". Sadats Auftritt in Jerusalem war nur der vorläufige Höhepunkt in seiner Rolle als Vertreter der imperialistischen amerikanischen Interessen.

Völlig zu recht haben die arabischen Völker gegen diesen schändlichen Auftritt protestiert, haben sie sich enger zusammengeschlossen und die Versuche der USA-Imperialisten, die arabische Front gegen Israel zu spalten, zurückgewiesen. Eine ganz andere Sache jedoch sind die Proteste, die aus Moskau zu hören waren. Wieder einmal traten die Kremlherren in der Maske von Antiimperialisten auf, denen die arabische Sache am Herzen liegt. Aber haben sie nicht selbst in den Jahren vor dem Oktoberkrieg ihren Militärstiefel auf Ägypten gesetzt, sich dort Stützpunkte verschafft und die Reichtümer des Landes ausgeplündert? Haben sie nicht auch dieses Land zu ihrer Kolonie machen wollen?

Und was die imperialistischen „Friedenspläne" angeht: Moskau ist gemeinsam mit Washington Vorsitzender der Genfer Konferenz, die die Kapitulation der arabischen Länder besiegeln soll. Was den Herren im Kreml nicht paßt, ist eben nur die Tatsache, daß die separaten Verhandlungen zwischen Sadat und Begin den amerikanischen Einfluß stärken, während sie eine „umfassende Lösung" betrieben, bei der sie sich stärker ins Spiel bringen und ihre Position verstärken können.

Der Auftritt Sadats bei den zionistischen Mördern wird, das zeigen die anhaltenden Proteste, nur zu einer weiteren Isolierung des ägyptischen Regimes führen. Die arabischen Völker, vor allem das Volk Palästinas, werden in ihrem gerechten Kampf gegen Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion auch weiterhin die Unterstützung aller wahrhaft fortschrittlichen Kräfte haben.

Strauß und Dregger zu Gast bei Faschisten

Gleich und gleich gesellt sich gern

Dregger und Strauß haben sich auf Reisen begeben. Der eine fuhr zu den rhodesischen Rassisten, und der andere schüttelte den faschistischen Henkern in Chile die Hand. Sie waren kaum angekommen, da ließen sie ihrer Sympathie für die blutbefleckten Mörderbanden, die in diesen Ländern das Volk unterdrücken, freien Lauf.

Unverhohlen bot Dregger den rhodesischen Rassisten die „Hilfe Westeuropas", sprich vor allem der westdeutschen Imperialisten für die Niederschlagung des Befreiungskampfes des Volkes an. Und Strauß, der sich in der Gesellschaft der faschistischen Generäle so wohl fühlt, daß er seit Jahren ihr regelmäßiger Gast ist, tönte auf einer Kundgebung: „In diesem Land wird sehr viel für den Kampf gegen den Terrorismus getan."

Jeder von uns weiß, was das bedeutet. Das faschistische Regime hat Tausende von Kommunisten, Revolutionären, Antifaschisten und aufrechten Menschen, die ihre Stimme gegen den Faschismus erhoben, kaltblütig ermordet. Hunderttausende sind in KZs eingekerkert. Das Chile von heute ist ein faschistisches Zuchthaus, in dem Menschen auf offener Straße verschleppt werden und spurlos in den Folterkellern der Geheimpolizei verschwinden. Abgesehen von einigen Imperialisten und Faschisten, zu denen auch Franz-Josef Strauß gehört, wird dieses Regime überall auf der Welt voller Abscheu verurteilt.

Natürlich sind die Reisen von Strauß und Dregger keine Privatreisen. Sie sind Abgesandte des westdeutschen Imperialismus, der überall auf der Welt die reaktionären und faschistischen Kräfte unterstützt, weil sie den westdeutschen Monopolen ihre Länder öffnen und die brutale Ausbeutung der Arbeiter garantieren. Dabei haben die westdeutschen Imperialisten viele Eisen im Feuer. Strauß und Dregger gehören ebenso dazu, wie die Bundesregierung, die ihre Unterstützung für die faschistischen Regime mit Phrasen über „Demokratie" und „Freiheit" zu vertuschen versucht.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Britanniens Arbeiter im Kampf

Zehntausende streiken für die Sicherung ihrer Lebenslage

Mitte September faßten die 600 Arbeiter des Rolls-Royce-Zweigwerkes in Willesden, Nordlondon, den Beschluß zum Streik. Sie forderten eine Lohnerhöhung von 17,6%, höhere Prämien und ein höheres Urlaubs- und Krankengeld. Gegenüber dem „Worker“, der Zeitung der KP Britanniens/ML, erklärte Brian Eagles, einer der Streikführer, in einem Interview: „Dies ist nicht unser erster Streik. Aber man sollte nicht glauben, daß eine solche Entscheidung leichtfertig gefällt wird. Das ist eine ernste Sache und ein Opfer, aber wir müssen es tun, um leben zu können. Wir wissen, daß es ein langer Kampf werden kann, aber wir sind entschlossen und wollen ihn gewinnen.“ Inzwischen sind sechs Wochen vergangen. Der Streik geht weiter, die Kampfentschlossenheit der Arbeiter ist ungebrochen.

Der Streik bei Rolls Royce ist typisch für die Schärfe der Klassenauseinandersetzungen in Britannien. Seit 14 Monaten stehen die Arbeiter und Angestellten des Londoner Fotolabors Grunwick im Streik. Fast jeden Tag versammeln sich Tausende von Arbeitern aus allen Teilen des Landes vor den Toren der Firma, um den Streik zu unterstützen. Weder durch den brutalen Einsatz von Knüppelgarden der Polizei noch durch Massenverhaftungen Hunderter von Arbeitern gelang es den Kapitalisten, den Streik zu unterdrücken. In den Hüttenwerken von Port Talbot, den Reparaturhallen des Flugzeugkonzerns British Airways, auf dem Londoner Flughafen Heathrow, in den Kraftwerken, den Druckereien der großen Zeitungskonzerne, in den Fertigungshallen der Automobilkonzerne Triumph und Leyland und in zahlreichen anderen Betrieben legten Zehntausende von Arbeitern die Arbeit nieder. Und neue große Klassenschlachten stehen bevor: Die Arbeiter der verstaatlichten Kohlengruben beschließen gegen den Widerstand der verräterischen Gewerkschaftsführung eine Lohnerhöhung von 90%; die Eisenbahner fordern 60%; die Hafenarbeiter 20%. Und die Arbeiter des Chemiekonzerns ICI und der Erdölraffinerien von Shell verlangen von den Kapitalisten eine Lohnerhöhung von 30%.

Das ist die Antwort der britischen Arbeiterklasse auf die massiven Angriffe der Kapitalisten und der Labourregierung als ihrem Handlanger auf ihre Lage. Die Antwort auf die erbarmungslose Ausbeutung und Ausplünderung der britischen Werktätigen, auf den Versuch, ihnen alle Lasten der Krise aufzubürden, um die Profite der kapitalistischen Monopole zu sichern und sogar noch zu steigern.

Kämpfen, um leben zu können,

diese Worte sind für die britische Arbeiterklasse bittere Wahrheit. Die kapitalistische Wirtschaftskrise lastet schwer auf den Werktätigen. Fast zwei Millionen Männer, Frauen und Jugendliche sind ohne Arbeit. Gleichzeitig steigerten die Kapitalisten in den Betrieben die Arbeitshetze. Dem mörderischen Arbeitstempo in den Kohlengruben z. B. fällt jeden Tag ein Kumpel zum Opfer. In den letzten drei Jahren verdoppelten sich außerdem die Mietkosten und die Steuerlasten. Die Inflationsrate beträgt 20%. Die Lebenslage der britischen Arbeiter und der übrigen Werktätigen hat sich dadurch drastisch verschlechtert.

Sie hat sich vor allem durch den Sozialvertrag verschlechtert, den die Labourregierung und die verräterischen Gewerkschaftsbonzen den Arbeitern aufgezwungen haben. Der Sozialvertrag wurde vor zwei Jahren als formelles Abkommen zwischen der Regierung und den Gewerkschaftsbonzen abgeschlossen. In diesem Vertrag verpflichteten sich die Gewerkschaftsführungen, nur noch Lohnforderungen von höchstens 10% zu stellen und sich für die Wahrung des Tariffriedens einzusetzen. Die Folgen dieses Vertrages beschrieb Brian Eagles in seinem Interview mit dem „Worker“ folgendermaßen: „Er hat den Lebensstandard der Arbeiterklasse gesenkt und den der Finanziers usw. in die Höhe gehoben. Die Profite von Rolls Royce stiegen im letzten Jahr um 9,5 Pfund Sterling pro Aktie.“



Seit sechs Wochen streiken die Arbeiter von Rolls Royce in Nordlondon. In der Bildmitte ein Streikposten mit dem Zentralorgan der KPB/ML, „The Worker“.

Um den Sozialvertrag bei den Arbeitern anzupreisen, schrieen sich die kapitalistischen Propagandisten die Kehle heiser. Da wurde von einem „Opfer“ gesprochen, das den „Aufschwung“ möglich mache und von den Interessen der britischen Nation. In Wirklichkeit verbarg sich dahinter jedoch nichts anderes als ein brutaler Feldzug der britischen Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse.

Zwei Jahre nach dem Abschluß des Sozialvertrages zeigen die Tatsachen, daß keine einzige der von der Bourgeoisie aufgestellten Behauptungen eingetroffen ist. Die Krise hat sich im Gegenteil weiter verschärft und während die Kapitalisten ihre Profite sicherten und sogar steigerten, mußten die Arbeiter den Gürtel enger schnallen.

Callaghan und Co. — Regierung des Monopolkapitals

Die sozialdemokratische Regierung in London ist eine Regierung des Monopolkapitals. Das hat der Sozialvertrag deutlich gezeigt. Gleichzeitig mit dem Sozialvertrag hat sie außerdem eine Reihe weiterer reaktionärer Maßnahmen zur Unterdrückung des Kampfes der Arbeiterklasse beschlossen und die Ausplünderung der Werktätigen in großem Stil vorangetrieben. So wurden in den letzten Jahren eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, die der Polizei und den anderen Unterdrückungsorganen des bürgerlichen Staates größere Vollmachten bei der Niederschlagung von Kämpfen und bei der Verfolgung von Revolutionären und militanten Führern der Arbeiterbewegung einräumen. Dazu gehört auch der Aufbau von Spezialeinheiten der Polizei, die z. B. vor den Toren von Grunwick in Aktion traten.

Um den Monopolen Milliardensubventionen in die Tasche stecken zu können, und für die enorme Erhöhung des Rüstungshaushalts hat die Regierung die Steuern in die Höhe getrieben. Gleichzeitig kürzte sie die Ausgaben für das Bildungswesen, für Kindergärten und die medizinische Versorgung drastisch um 1,5 Mrd. Pfund Sterling. Dutzende von Krankenhäusern mit Hunderten von Betten wurden geschlossen. Mit welchen brutalen Methoden dabei vorgegangen wird, zeigt das Beispiel des Hounslow Hospitals in London. Als das Personal für die Erhaltung des Krankenhauses kämpfte, heuerte die Stadtverwaltung, der das Krankenhaus untersteht, kurzerhand eine Bande von lumpenproletarischen Schlägern an. Diese Bande drang in das Krankenhaus ein, verschleppte die Patienten an unbekannte Orte — nicht einmal die Verwandten erfuhren, wohin — und warfen anschließend die Betten mitsamt der ganzen Ausrüstung auf die Straße. Das Krankenhaus wurde vollständig verwüstet, um vollendete Tatsachen zu schaffen.

In den Kampf gegen diese Politik der Ausplünderung haben sich auch Hunderttausende von Schülern und Studenten und des Personals der Krankenhäuser eingereiht.

Nieder mit dem Sozialvertrag!

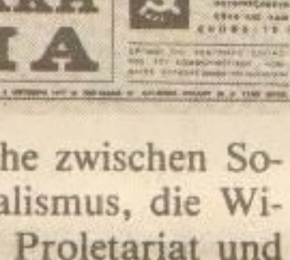
Der Sozialvertrag ist gefallen. Angesichts der großen Empörung der Arbeiter sahen sich die Gewerkschaftsführer im August gezwungen, ihn zu kündigen. Gleichzeitig aber versuchten sie ihn, im Einklang mit der Regierung, wieder neu aufleben zu lassen. So beschlossen die Delegierten des TUC (Dachverband der britischen Gewerkschaften) auf ihrem letzten Kongreß, alle Tarifverträge, die noch während der Laufzeit des Sozialvertrages abgeschlossen wurden, erst nach zwölf Monaten zu kündigen. Sie stimmten außerdem einer Koppelung von Lohnerhöhungen und Produktivitätssteigerungen, d. h. verschärfter Ausbeutung, zu. Prominente Gewerkschaftsbonzen hetzten wie wild gegen die hohen Lohnforderungen der Bergarbeiter.

Die britischen Arbeiter haben sich davon nicht beeindrucken lassen. Sie sind zum Kampf bereit, und sie führen diese Kämpfe auch gegen die reaktionären Gewerkschaftsführer, die ihnen in den Rücken fallen. Diesen Kampf unterstützt die KP Britanniens/ML, die für die Verteidigung der Lebensinteressen der Werktätigen einsetzt und sie zum Kampf für die proletarische Revolution erzieht, die der einzige Ausweg aus der Misere der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung ist.

"Proletariake Semaia"

Stützen wir uns auf den Marxismus-Leninismus

Vor kurzem hat „Proletariake Semaia“, das Zentralorgan der KP Griechenlands/ML, einen Artikel veröffentlicht, in dem es mit der sogenannten „Theorie der drei Welten“ abrechnet. Wir veröffentlichen Auszüge aus diesem Artikel.



„Die Widersprüche zwischen Sozialismus und Kapitalismus, die Widersprüche zwischen Proletariat und Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern, die Widersprüche zwischen den unterdrückten Nationen und dem Imperialismus, die Widersprüche unter den kapitalistischen Ländern und monopolistischen Gruppierungen, das sind die wesentlichen Widersprüche unserer Epoche. Diese Widersprüche, sowie die Kämpfe, die durch diese Widersprüche hervorgerufen werden, hängen miteinander zusammen und bedingen sich gegenseitig. Niemand darf irgendeinen dieser wesentlichen Widersprüche abschaffen oder einseitig einen einzigen an die Stelle aller anderen setzen. Diese Widersprüche werden unweigerlich zu Volksrevolutionen führen, denn sie allein können diese Widersprüche lösen.

Die KPG/ML ist der Meinung, daß die Veränderungen, die in der vergangenen Periode stattgefunden haben, darunter als wichtigste die Verwandlung der Sowjetunion in eine sozialimperialistische Macht, die mit dem USA-Imperialismus Komplotte zur Vorherrschaft über die Welt schmiedet und mit ihr rivalisiert, ferner die stürmische Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegung in Asien, Afrika und Lateinamerika und schließlich die schweren Schläge, die diese Bewegung dem Imperialismus versetzt, eine Verschiebung der gegnerischen konkreten Kräfte bewirkt hat, jedoch stets innerhalb dieser wesentlichen Widersprüche, die während der ganzen Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen bestehen werden.

Der Hauptfeind aller Völker der Welt sind die beiden Supermächte, die miteinander Komplotte schmieden, doch vor allem rivalisieren um die Vorherrschaft über die Welt. In jedem einzelnen Land und unter den konkreten Bedingungen herrscht die eine oder die andere Supermacht vor. Gegen sie muß das Feuer der revolutionären Bewegungen dieser Länder hauptsächlich gerichtet werden, wobei stets Wachsamkeit an den Tag gelegt werden muß, daß nicht der eine Imperialismus den anderen ablöst.

Wir kämpfen in unserem Land für die Verjagung des amerikanischen Imperialismus, der die Hauptgefahr für unser Volk darstellt. Gleichzeitig kämpfen wir dafür, daß der sowjetische Sozialimperialismus nicht seinen Platz einnimmt. Durch die NATO und den Warschauer Vertrag, durch ihre Militärstützpunkte in einigen Ländern, durch die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit werden die europäischen Völker von den beiden Supermächten ausgebeutet und unterdrückt. Dabei kämpfen die Völker der europäischen Länder gegen die einheimische Bourgeoisie, während sie auch den beiden Supermächten machtvolle Schläge versetzen.“

„Proletariake Semaia“ verurteilt dann die Linie der Klassenzusammenarbeit und bekräftigt die Notwendigkeit, den Klassenkampf zu führen, um die Bedingungen für die proletarische Revolution und die Zerschlagung des Imperialismus zu schaffen.

„Die unabdingbare Voraussetzung“, heißt es in dem Artikel weiter, „nicht nur für die Durchführung der proletarischen Revolution, sondern auch der demokratischen Revolution in der historischen Periode, die mit dem Sieg der Oktoberrevolution eingeleitet wurde, ist die Gewährleistung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei. Die Entstellung dieser Grundthese des Marxismus-Leninismus bildet ein großes Problem und ebnet allerlei Opportunisten den Weg.

Die KPG/ML hat auch nach ihrem Gründungsparteitag nur einen Weg festgelegt, den Weg des ununterbrochenen Kampfes gegen alle Feinde unseres Volkes. Diesen Weg legte sie fest, indem sie sich auf die eigenen Kräfte stützte und die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus auf die konkreten Bedingungen unseres Landes anwendete. Auf dieser Basis lehnt sie die ‚Drei-Welten-Theorie‘ ab und bekämpft entschieden die rechtsopportunistischen Ansichten und Strömungen und die opportunistischen Gruppen.

Die Probleme, die die marxistisch-leninistische Bewegung zu bewältigen hat, sind zweifellos kompliziert. Sie richtig zu lösen, alle Schwierigkeiten rasch und konstruktiv zu überwinden, dazu gibt es nur einen Weg: sich entschieden auf die erprobten Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus zu stützen. Die Aufgabe unserer Partei und, wie wir glauben, aller Kommunisten der Welt, ist die unerschütterliche Verteidigung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus. Und gewappnet mit dieser Waffe müssen wir den Kampf gegen die Feinde der Arbeiterklasse und des Volkes führen.“

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Wegen 66 DM Schulden

Winzerfamilie wie Schwerverbrecher behandelt

Bauer Mittele aus Bensheim, 45 Jahre alt, wandte sich vor kurzem an Genossen der Roten Garde Bergstraße und bat sie, folgenden Bericht über seine Erfahrungen mit Polizei und Justiz abzudrucken:

Freitag, 21. 10. 1977, 13.00 Uhr: Der Gerichtsvollzieher Essinger aus Bensheim dringt mit zwei Polizisten in das Haus des Bauern Mittele in Bensheim ein. Es ist nur ein Bekannter der Familie im Haus. Ohne sich auszuweisen, ohne Durchsuchungsbefehl durchsuchen sie das Haus nach dem Bauern, finden ihn aber nicht.

Der Bauer ist gerade mit seiner Familie im Wingert beim Traubenlesen. Um 13.30 Uhr erscheint dort der Gerichtsvollzieher mit zwei Polizisten und einem Polizeihund. Sie fordern den Bauern auf, mitzukommen, weil er angeblich Schulden von 789,16 DM habe. Der Bauer weist wiederholt daraufhin, daß diese Schulden bereits seit dem 16. 3. 1977 bezahlt sind. Als er die Polizisten auffordert, den Hund zurückzuhalten, hetzen sie ihn gerade auf den Bauern. Zusätzlich fordern sie noch Verstärkung an. Der Bauer packt sich daraufhin einen Knüppel und schlägt dem Polizeihund auf die Schnauze. Die Polizisten dringen in den Wingert ein und schießen dem Bauern und seinen Familienangehörigen mit einer chemischen Keule auf ca. einen Meter Entfernung 2-3 mal ins Gesicht. Sogar der 80jährigen Oma. Obwohl sie wissen, daß der Bauer gehbehindert ist, werfen sie ihn einige Male hin, dann führen sie ihn ab. **Die Oma später: „Die behandelten uns alle, als seien wir Schwerverbrecher."**

Der Bauer wird ins Gefängnis nach Darmstadt-Eberstadt gebracht. Die alte Frau bemüht sich, den zu Unrecht festgenommenen Bauern freizubekommen — vergeblich. Es nützte auch nichts, daß sie ins Gefängnis fuhr und dort den Bankauszug vorlegte, der bewies, daß die 789,16 DM tatsächlich bezahlt worden waren.

Montag, 24. 10 1977, 19.15 Uhr: Der Bauer kommt wieder nach Hause. Er berichtet: „Am Freitag im Knast wußten die schon um 17.50 Uhr Bescheid, daß die Schulden bezahlt sind. Es hieß dann plötzlich, daß es gar nicht um die 789,16 DM gehe, sondern um 66 DM, die zwei Rechtsanwälte aus Lorsch von mir zu bekommen hätten. Deswegen sperrten sie mich ein mit der Begründung, ich müsse bis Montag im Knast bleiben, dann käme ich vors Gericht — Offenbarungseid leisten. — Heute, Montag, um 7.00 Uhr Entlassung, wurde dann zum Landesgericht nach Darmstadt gebracht, dort Offenbarungseid, dann mit 60 Pfennig entlassen worden. Kein Tagesgeld von 9,10 DM vom Knast, kein Ausfallgeld, gar nichts außer 60 Pfennig! Bei der Bahnhofsmission und im Diakonischen Werk haben sie mir auch nichts gegeben. Da bin ich dann, es war so um 12.00 Uhr, von Darmstadt bis nach Bensheim gelaufen. Niemand bezahlt den Arbeitsausfall von drei Tagen. Erst schießen sie mit der chemischen Keule, dann sperren sie mich unschuldig in den Knast, und jetzt wollen sie mich noch vor Gericht schleppen wegen Beleidigung, Körperverletzung, Sachbeschädigung und Widerstand gegen die Polizei und den Gerichtsvollzieher. Ich möchte, daß Ihr das im ‚Roten Morgen' veröffentlicht."

Acht Verletzte, zehn Festgenommene

Polizeiüberfall in Neumühl

Rund 150 junge Leute hatten sich am Abend des 15. 11. im Duisburger Stadtteil Neumühl in einem alten Haus versammelt, um ein Fest zu feiern. Der Besitzer des abbruchreifen Hauses hatte ihnen die Genehmigung dazu erteilt. Gegen 22.30 Uhr erschienen zwei Polizisten auf dem Fest und forderten, die Musik müsse leiser gestellt werden, andernfalls kämen sie mit einer Hundertschaft zurück.

Wahrscheinlich werden die meisten der Gäste diese Drohung für einen schlechten Witz gehalten haben. Aber sie irrten sich. Eine halbe Stunde später, als es wegen eines Kurzschlusses weder Licht noch Musik im Haus gab, drangen etwa 40, zum Teil mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizisten in das Haus ein. „Wir wurden mit Maschinenpistolen bedroht, an den Haaren gerissen, geschlagen und die Treppen hinuntergeworfen, berichtet einer der Gäste. Warum es zu diesem Polizeieinsatz kam, wurde den jungen Leuten nicht gesagt. Einer, der besonders hartnäckig danach fragte, wurde kurzerhand festgenommen.

Die Jugendlichen waren über diesen Überfall empört. Sie riefen Parolen: „Deutsche Polizisten sind die Terroristen!", „Faschisten!" Elf weitere Jugendliche wurden festgenommen und in die Polizeiautos geschleppt. Dort wurden ihnen Handknebel so fest angelegt, daß die Hände anschwollen. Ein Mädchen wurde an den Haaren festgehalten, sie konnte nur durch die Hilfe anderer freikommen. Mit Gummiknüppeln und der „Chemischen Keule" wurden die Jugendlichen auseinandergejagt. Ein Jugendlicher war verzweifelt auf eine Verkehrsinsel geflüchtet, vier Polizisten liefen uns hinterher und sprühten aus nächster Nähe mit Tränengas der „Chemischen Keule". Jugendliche, die in Hinterhöfe flüchteten, wurden mit Polizeiautos verfolgt. Ein Polizeiauto fuhr in eine Gruppe Jugendlicher. Schutzsuchende wurden mit Knüppeln aus den Häusereingängen vertrieben. Vielen brannten die Augen und ihnen war es übel vom Tränengas. Eine Frau aus der Nachbarschaft brachte Wasser, damit man die Augen auswaschen konnte. Sie wollte Verletzte ins Barbara-Krankenhaus fahren, doch dort hatte man statt Hilfe nur die Antwort: „Wir haben keine Augenklinik!"

Über 40 Polizisten, Maschinenpistolen, „Chemische Keulen", Schlagstockeinsätze, acht Verletzte und zehn Festgenommene — und das alles wegen ein bißchen zu lauter Musik? Es klingt unfaßlich, aber so ist es. Ein bißchen laute Musik, die aus einem abbruchreifen Haus dringt, von jungen Leuten verursacht wird, ist heute bereits Anlaß genug für einen Polizeiüberfall, der in seiner Brutalität an eine Bürgerkriegsübung erinnert. Die erschreckende Wahrheit, die darin zum Ausdruck kommt, heißt: In einer Zeit, in der „Bild" ungestraft hetzen kann: „Die Terroristen, das sind die netten jungen Leute von nebenan", in der Politiker ungestraft hetzen können, die arbeitslosen Jugendlichen seien „potentielle Terroristen", in einer solchen Zeit kann die Polizei ebenso ungestraft die Jugendlichen als vogelfrei betrachten und behandeln. Was auch passieren mag, wie brutal und willkürlich ihr Vorgehen auch sein mag, sie hat immer Recht. Auch im Fall der Neumühler Ereignisse hatte der stellvertretende Duisburger Polizeipräsident selbstverständlich sofort eine „Erklärung" zur Hand: Es sei alles ganz anders gewesen, nicht die Polizei habe die Jugendlichen überfallen, sondern die Jugendlichen hätten die Polizei so massiv angegriffen, daß die sich schließlich zum Einsatz der „chemischen Keule" entschlossen habe...

Kann es angesichts dieses ungezügelten faschistischen Terrors durch die Polizei verwundern, daß reaktionäre und offen faschistische Banden ihren Haß gegen alles, was auch nur etwas links ist, schrankenlos austoben? In der gleichen Woche, in der die Polizei das Fest der jungen Leute in Neumühl überfiel, stürmten in Düsseldorf-Hamm etwa 150 besoffene Mitglieder einer Schützenvereinigung eine Diskothek, um die ca. 50 Jungen und Mädchen dort zu lynchen. Nur durch dazukommende Polizei wurde ein Blutbad verhindert. In den Zeitungen konnte man dann ohne ein Wort des Kommentars folgendes lesen: „Der zweite Vorsitzende der Düsseldorfer Schützenbrüderschaft, Plenkers, rechtfertigte die Aktion mit der Begründung, bei den Jugendlichen handele es sich um ‚Linksradikale', die ‚Ruhe und Frieden' gefährdeten." Offenbar fand keiner der Zeitungsschreiberlinge bei dieser „Rechtfertigung" etwas dabei, offenbar stellte sich für keinen von ihnen auch nur die Frage, ob die Schläger etwa verhaftet worden seien, ob man ihnen den Prozeß machen wird usw. usf. Warum auch? Schließlich stellt man ja auch bei dem Terror der Polizei gegen die Bevölkerung in der Regel keine unangenehmen Fragen.

Die oben geschilderten Fälle sind nur zwei von vielen. Aber gleichzeitig mit den Meldungen über den Terror gegen Jugendliche wachsen auch die Meldungen über Widerstandsaktionen von jungen Arbeitern, Schülern und Studenten gegen Polizeiwillkür und faschistischen Terror. Denken wir nur an den Polizeiüberfall auf eine jugendliche Theatergruppe in Bremen, der mit einer spontanen Demonstration von fast 500 Jugendlichen beantwortet wurde. Solche Aktionen sind die richtige Antwort auf den Polizeiterror. Die Jugend läßt sich nicht einschüchtern!

Klammheimliche Steuererhöhungen

Klammheimlich hat die Bonner Regierung die Erhöhung der Steuern für Heizöl vorbereitet. Mitte des nächsten Monats wird das Kabinett beschließen, daß der Staat für jede Tonne Heizöl jetzt 20 DM statt wie bisher 10 DM kassiert. Die Leidtragenden bei dieser Steuererhöhung sind die Werktätigen. Sie werden pro 100 l Heizöl im nächsten Jahr mindestens eine Mark mehr bezahlen müssen. Zynische Begründung aus dem Bonner Wirtschaftsministerium: Man müsse die Preise erhöhen, damit sparsamer mit der Energie umgegangen werde!

Wie bereits berichtet, werden auch die Kohle- und Strompreise zu Beginn des nächsten Jahres bis zu 10% steigen. Auch hier nicht zuletzt auf Betreiben des kapitalistischen Staates, der in all diesen Energiegebieten ein entscheidendes Wort mitzureden hat.

Frieren oder zahlen — das wird also auch in diesem Jahr wieder die Alternative sein, die uns Bonn zum neuen Jahr beschert.

Orden für Nazi-Atomwissenschaftler Bagge

Er baute mit an der Atombombe für Hitler

Kurz nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges, Ende September 1939, erhielt der als „zuverlässig" eingeschätzte Atomwissenschaftler Bagge von Hitlers Heereswaffenamt den Auftrag, eine Geheimkonferenz über die Entwicklung der Atombombe einzuberufen. Seinem Tagebuch vertraute Bagge an, daß er über diesen Auftrag sehr „erleichtert" sei.

Nach der Niederlage des Faschismus „entnazifizierten" sich die meisten deutschen Wissenschaftler, indem sie versuchten, ihre Unterstützung für die Verbrechen des Hitlerfaschismus zu vertuschen. Nicht so Bagge. Er bekannte: „Ich halte es für widersinnig, daß von Weizsäcker erklärt, er habe nicht gewollt, daß die Arbeit (an der Atombombe) Erfolg hat. Das mag für seinen Fall zutreffen, aber nicht für uns alle."

Wer nun glaubt, solche offenherzigen Bekenntnisse hätten Bagges Karriere nach dem zweiten Weltkrieg behindert oder ihn gar ins Gefängnis gebracht, der hat sich getäuscht. Bagge ist heute u. a. Direktor des Instituts für Kernphysik an der Universität Kiel, Aufsichtsratsmitglied der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (die das AKW Brokdorf betreibt), Mitbauer des Atomschiffs „Otto Hahn", Mitarbeiter bei NASA-Projekten usw. Und so konnte schließlich auch der „Dank des Vaterlandes" nicht ausbleiben: Ende Oktober 1977 erzielt der Nazi-Atomwissenschaftler und Vorkämpfer des Bonner Atomprogramms Bagge das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse. Selbstverständlich, ohne daß in der Laudatio seine „Verdienste" vor '45 erwähnt wurden. Denn die Tradition, in der das heutige Bonner Atomprogramm steht, möchte man natürlich möglichst geheimhalten.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6700 Ludwigshafen (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa. 10.30-13.00 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr, Tel.: 0521 / 17 74 04.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.-18.30, Mi 17-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr. Tel.: 0203 / 6 47 96.

4300 Essen-Altendorf, Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35. Öffnungszeiten: Mi u. Do 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr. Tel. 0201 / 62 42 99.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen". Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10-13

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46. Tel.: 0431 / 56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Di, Mi, Do 9-13 und 15-18, Fr 9-13 und 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.